Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 155. Mittwoch, den 6. Juli 1921. 28. Jahrgang.

Die Krankheit des Kapp-Rebellen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Juli.

Als der Reichsjustizminister Schiffer nach den Interpellanten Rosenfeld und Spahn sich zu seiner Rede über den Fall Jagow und die deutsche Rechtsprechung erhob, war wohl jeder im Reichstag davon überzeugt, daß Schiffer eine Sache zu vertreten habe, die kaum der Verteidigung lohnt. Das rednerische Geschick des Reichsjustizministers und seine juristische Dialektik konnten über die Brüchigkeit seiner Beweisführung nicht hinwegtäuschen. Gewiß mag der Minister recht haben, wenn er unter Aufzählung vieler Daten aus dem Schneckengang des Verfahrens gegen Jagow nachwies, daß alles juristisch korrekt gehandhabt sei. Aber der Minister selbst muß etliche Zweifel haben, **ob diese juristische Korrektheit mit der Gerechtigkeit übereinstimmt,** denn wie ein Aufschrei klang sein Eingeständnis, daß wohl die Staatsverbrecher der Linken ihre wohlverdiente, aber furchtbare Strafe erhalten haben, dasselbe jedoch von den Staatsverbrechern der Rechten nicht gesagt werden kann. Wenn die Kommunisten an dieser Stelle den Minister durch Zurufe unterbrachen: „Mit Ihrer Schuld!", so taten sie hierin Herrn Schiffer unrecht, denn alle Welt weiß, daß er erst seit einigen Wochen im Amte ist. Es muß aber zugestanden werden, daß der Einfluß jeder Regierung auf den Geist der Rechtsprechung nicht groß ist. **Männer, Todfeinde der Revolution, innerlich den Hochverrätern von rechts verwandt, urteilen, von Ausnahmen abgesehen, über politische Vergehen.** Vielleicht sind diese Herren des guten Glaubens, daß sie Rechtsprechen, obwohl wir dies durchaus nicht für alle annehmen wollen. Aber ebenso gewiß ist, daß sie durchweg in politischen Prozessen das Recht beugten. Tausende von politischen Prozessen mit Freisprechung oder lächerlichen Strafen auf der einen, Tausende von Jahren Zuchthaus auf der anderen Seite sind ein furchtbarer Beweis.

Etwas von dieser Erkenntnis hat selbst in den bürgerlichen Fraktionen des Reichstages Platz gegriffen; denn kein Beifallsruf ertönte, als der Reichsjustizminister geendet hatte. In tiefer Aufmerksamkeit folgte dann das Haus der in ihrer Schlichtheit, in ihrer Wahrheitstiefe, in ihrer schlagenden Beweiskraft vortrefflichen Rede des Genossen Radbruch. Immer wieder unterstrich die gesamte Linke, unterstützt von einigen Demokraten und Zentrumsmitgliedern, den Vortrag Radbruchs. Mit schneidenden Worten sagte Radbruch: Freilich sei im Fall Jagow alles „korrekt" zugegangen, **wozu habe man denn sonst Jurisprudenz studiert.**

In großer Bewegung bildeten sich nach der Rede Radbruchs Gruppen im Hause, die die unerhörte Verhöhnung der deutschen Justiz durch einen Hochverräter und die liebevolle Hinnahme dieser Untergrabung des Rechtsbewußtseins durch das Reichsgericht besprachen.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Kommunisten wurde auf Mittwoch vertagt. Niemand wird, so sehr ihn über diese Rechtsprechung in Deutschland Empörung durchzittert, um dieses Junkers Jagow willen das Kabinett Wirth stürzen wollen. Mögen sich aber alle, die in Deutschland den Talar des Richters tragen, mögen sich alle, die die Klassenjustiz entweder nicht begreifen oder mit bewußter Unehrlichkeit verteidigen, dieses zur Warnung gesagt sein lassen: **Die andauernde, tief erbitternde Vergewaltigung des Rechts bringt eine schlimme Saat von Haß ins Volk. Die Gefahr besteht, daß aus dieser Saat Früchte erwachsen, die mit Haß und Blut und Mord während langer Kriegsjahre begonnen haben.** Eine Justiz, wie die deutsche seit der Revolution ist, nicht lange zu ertragen. Sie untergräbt nicht nur das Rechtsbewußtsein der Massen, sondern zugleich jede Achtung vor der Staatsautorität. So wird die politische Rechtsprechung in Deutschland zu einer großen Gefahr nicht nur für die Revolution, sondern für geordnete Zustände überhaupt.

131. Sitzung.

Dienstag, 5. Juli 1921, nachmittags 1 Uhr.

Kleine Anfragen.

Künstler (USP.) fordert die Abrechnung über die Kosten des Baltikumabenteuers und fragt an, ob die Reichsregierung gegen die Urheber und Führer des verbrecherischen Baltikumabenteuers, wie Graf v. d. Goltz und Leutnant Roßbach und andere, strafrechtlich vorzugehen beabsichtige.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Kosten des Baltikumabenteuers stehen zurzeit noch nicht ziffernmäßig fest, da einige größere Forderungen noch nicht übersehen werden könnten. Die deutschen Truppen im Baltikum mußten zunächst auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen, auf Forderung der Entente, jenseits der deutschen Grenze bleiben, später auf Anordnung des Reichswehrministers zum Schutze von Ostpreußen. Graf v. d. Goltz handelte damit im Auftrage der Reichsregierung.

v. Gräfe (DNP.) führt Beschwerde darüber, daß der ehemalige Wachoffizier des U-Bootes 86, Oberleutnant Boldt, kürzlich in Hamburg verhaftet und auf Veranlassung deutscher Behörden in Ketten gefesselt nach Leipzig geführt worden ist.

Ein Regierungsvertreter: Die Anfrage kann zurzeit noch nicht beantwortet werden, da das Material noch nicht eingegangen ist. Die Antwort wird schriftlich erteilt werden.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die

Gewährung von Beihilfen an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung.

Erkelenz (DDP.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Die Beihilfe beträgt für Rentenempfänger von Ruhegehalt monatlich 70 Mk., für Empfänger einer Witwen- und Witwerrente monatlich 75 Mk. und für Empfänger einer Waisenrente wonach die laufenden Leistungen der Ersatzkassen unverzüglich soweit erhöht werden müssen, daß sie den reichsgesetzlichen Leistungen unter Hinzurechnung der Beihilfen gleichwertig sind. — Ein Antrag Erkelenz (DDP.), Hoch (SD.), Andre (Z.) fordert Streichung dieses § 4a, da der Reichsrat sich dagegen erklärt hat. — Der Ausschuß hat weiter die Beihilfsbestimmungen des Abänderungsgesetzes des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte mit dem vorliegenden Entwurf vereint. Er schlägt daher einen neuen § 5 vor, der diese Aenderungen regelt. Danach wird die Einkommensgrenze, die für die Heranziehung der Angestellten zur staatlichen Versicherung maßgebend ist, von 15 000 auf 30 000 Mk. erhöht. Es werde die Klassen K (5000 bis 10 000 Mk.), L (10 000 bis 15 000 Mk.), M (mehr als 15 000 Mk.) geschaffen. Die Beiträge sollen in Gehaltsklasse K 33,20 Mk., L 40 Mk. und M 48 Mark betragen. Dieser Teil des Gesetzes soll am 1. August 1921 in Kraft treten, die Bestimmungen für die Rentenempfänger vom 1. Januar 1921 an.

Thiel (DVP.): Der Antrag Erkelenz zeigt, daß sich einzelne bürgerliche Parteien von den Sozialdemokraten haben mürbe machen lassen. Die Angestellten wollen eine selbständige Versicherung.

Bartz (Komm.): Der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten muß aufhören. Den Beihilfen stimmen wir zu. Alle übrigen Anträge lehnen wir ab, denn wir wollen keine halbe Arbeit.

Hoch (SD.): Die Reden der Rechtsparteien beruhen auf Verdrehung der Tatsachen. Sie haben uns Dinge unterschoben und dagegen polemisiert, an die wir gar nicht denken. Es handelt sich doch um einen Notbehelf, der mit der endgültigen Regelung der Angestelltenversicherung gar nichts zu tun hat. Die Angestelltenversicherung hat in sozialer Hinsicht völlig versagt. Trotzdem wird sie von der Rechten aufrecht erhalten, damit die Angestellten ja etwas vor den Arbeitern voraushaben. Fachleute treten heute für die Verschmelzung der beiden Versicherungen ein. Die Angestelltenversicherung gewährt fast gar keine Rente.

Erkelenz (DDP.): Die Rechte wollte ja in ihren Anträgen noch weitergehen. Sie wollte noch höhere Beitragsklassen schaffen. Uebrigens hätte sie seit gestern Abänderungsanträge stellen können.

Der grundlegende Paragraph 1 der Rentenvorlage wird einstimmig angenommen. — Zum Paragraphen 4a bittet der preußische Handelsminister um Beseitigung dieser Bestimmung, da der Paragraph überflüssig ist. Der § 4a wird darauf gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten gestrichen.

Der Antrag der Koalitionsparteien zur Aenderung des Angestelltenversicherungsgesetzes wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Einstimmig wird die Bestimmung, wonach nur Männer wählbar sind, gestrichen. Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgen die bei den Haushaltsberatungen zurückgestellten Abstimmungen.

Ein Antrag der Linken, die Forderung für die Verbilligung des Maises zu streichen, wird abgelehnt.

Ein deutschnationaler Antrag, die Regierung zu ersuchen, Zeitungsdruckpapier aus der Tarifklasse A in die Klasse B unter Fortfall einer besonderen Gebühr für die Stellung gedeckter Wagen mit Wirkung vom 1. April ab zu versetzen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ein Antrag der Rechtsparteien, die Reichszentrale für Heimatdienst zum 1. Oktober aufzulösen und nur diejenigen Arbeiten fortführen zu lassen, deren Fortführung im Reichsinteresse notwendig erscheint, wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. — Angenommen wird dagegen der Ausschußantrag auf Umgestaltung der Zentrale und Einsetzung eines parlamentarischen Beirates für dieselbe. — Ebenfalls wird in dritter Lesung das Wehrmachtversorgungsgesetz angenommen.

Der Fall Jagow.

Zur Beratung kommen alsdann die Interpellationen über den Stand des Verfahrens gegen Herrn v. Jagow.

Dr. Spahn (Z.) begründet die Interpellation der Regierungsparteien. Der Reichsjustizminister hat hier im Reichstag erklärt, der Haftbefehl gegen Herrn v. Jagow sei nicht ausgeführt worden, weil er krank ist. Herr v. Jagow hat selbst öffentlich bekanntgegeben, daß er nicht krank ist. Es ist also sehr auffällig, daß das Verfahren nicht fortgesetzt wird. Ist die Reichsregierung in der Lage und bereit, über den Stand des Verfahrens gegen Jagow wegen Hochverrats unverzüglich Auskunft zu geben?

Dr. Rosenfeld (USP.) begründet die Interpellation seiner Partei. Wir treten nach wie vor für humane Behandlung, besonders der politischen Gefangenen ein. Da aber die Justiz besonders gegen Arbeiter sehr rücksichtslos verfährt, verlangen wir gleiches Maß auch gegen rechts. Gegen die Bevorzugung Jagows erheben wir schärfsten Protest. Der Haftbefehl datiert vom März 1920. Was ist während des ganzen Jahres geschehen, um Herrn v. Jagow der Untersuchungshaft zuzuführen? Gegen die Kommunisten wüten die Ausnahmegerichte. Nach dem Kapp-Putsch vergeht ein Jahr, ehe der Oberreichsanwalt sich schlüssig wird, was zu geschehen habe. Wer ist der Schuldige in diesem Fall? Der Justizminister Schiffer hat durch die Erklärung Jagows eine Ohrfeige erhalten, wie sie wohl noch niemandem verabreicht worden ist. Wo gab es in Deutschland wohl einmal einen Hochverräter, gegen den der Haftbefehl nicht durchgeführt wurde, weil er nicht gesund war? Seit wann genügt dazu das Attest eines Privatarztes? Herr v. Jagow hatte als Polizeipräsident sehr gute Nerven. Die blutigen Aktionen gegen die Wahlrechtsdemonstranten regten ihn nicht auf. Herr Minister, sind Sie immer so teilnahmsvoll? Der Dichter Toller muß, schwer lungenkrank, im Gefängnis zugrunde gehen, weil er nicht einmal einen Spezialarzt konsultieren darf. Bei Jagow könnte es sich doch nur um eine ganz kurze Untersuchungshaft handeln, denn er wird natürlich glänzend freigesprochen. Es ist ein wirklicher Skandal. Herr Schiffer weiß nicht, wo Jagow ist. Einmal saß er schon oben, als hier über ihn gesprochen wurde. Dabei wohnte Herr v. Jagow ganz in der Nähe von Potsdam. Er hatte seine Adresse genau angegeben. Das ist eine neue Ohrfeige für Herrn Schiffer. Die deutschnationale Presse stimmte ihm eifrig zu, unter anderem auch der „Tag". Dieser parteilose „Tag" schrieb, Herr v. Jagow wäre ein Narr, wenn er sich der heutigen Regierung stellen würde. Wie steht es mit den anderen Kappisten? Es sollen zehn Prozesse schweben. Aber bisher ist noch kein einziges Urteil festgestellt worden. Sind die Kappisten alle so leidend, wie Herr v. Jagow? Es ist eine gute Zeit für Mörder und Kappisten. Der Minister hat seine Pflicht nicht getan. Es handelt sich hier um Machtfragen, die außerhalb der Parlamente entschieden werden. Massenaktionen der Arbeiter werden sie entscheiden. v. Jagow ist jetzt nur ein Werkzeug der Reaktion.

Reichsjustizminister Schiffer: Die zahlreichen sachlichen Anfragen des Abgeordneten Dr. Rosenfeld sind berechtigt gewesen. Die Antwort auf diese Anfragen wird allerdings ganz anders ausfallen, als Dr. Rosenfeld sie zu erwarten scheint. Ich werde sie geben, ohne daß es der Warnung bedurft hätte, die Herr Dr. Rosenfeld mir gab: Ich soll mich vor dem Zuchthaus in acht nehmen! Ich müßte vielleicht die gleiche Warnung an Herrn Dr. Rosenfeld richten angesichts der Bemerkung, die mindestens als ein strafbarer Appell an die Gewalt zu betrachten ist. Die Erörterung dieses Falles setzte bei der Besprechung meines Etats ein und wurde fortgesetzt bei einem anderen Etat, so daß ich Sie nicht über die Einzelheiten informieren und die notwendigen Unterlagen beschaffen konnte. Außerdem wollte ich nicht auf ein schwebendes Verfahren eingehen. Ich durfte auch als Justizminister nicht mit dem Angeschuldigten mich in eine Polemik einlassen. Dieses ist vielfach mißdeutet worden. Sie ist als Parteinahme für den Angeschuldigten ausgelegt. Die Sache Jagow hat eine persönliche und eine sachliche Seite. Die persönliche Angelegenheit beginnt mit der Erklärung des Beschuldigten in der „Kreuz-Zeitung", er sei seit dem März 1920 nicht einen Tag krank gewesen. Dieser Satz ist eine grobe Verhöhnung der Justiz. Tatsache ist aber, daß, wenn ein Krankheitszustand eine Rolle gespielt hat, daß auf ihn selbst zurückzuführen ist. Herr v. Jagow hat seinem Verteidiger wörtlich geschrieben: Die Untersuchungshaft wäre mit meiner Ermordung gleichbedeutend. Denn ich war in meiner Jugend schwer tuberkulös und lebe nur dadurch, daß ich eine Stunde täglich reite **und seit Abschaffung der Pferde eine Stunde täglich Trab laufe.** (Heiterkeit.) Herr v. Jagow stellt sich also auf der einen Seite als kerngesunder Mann hin, und wenn es sich um die Verhaftung handelt, ist er schwer krank. Der Herr v. Jagow von heute steht im Widerspruch mit dem von gestern. Es ist bereits Bezug genommen worden auf Artikel, die letzten Endes Herrn v. Jagow dazu beglückwünschten, daß er der Justiz gewissermaßen ein Schnippchen schlage. Er sagt: von mir hängt es ab, ob ich verhaftet werde oder nicht. Das Auftreten des Herrn v. Jagow verstößt gegen den Staatsgedanken überhaupt. Aus Herrn v. Jagow spricht der Geist seiner Vorfahren, die dem Markgrafen von Brandenburg Widerstand leisteten. Natürlich muß ein solches Vorgehen in den weitesten Kreisen des Volkes als höchst aufreizend empfunden werden. Es ist richtig, daß die Staatsverbrecher der Linken in großer Zahl einer harten, aber wohlverdienten Strafe entgegengeführt wurden, während die der Rechten noch nicht ihre Strafe gefunden haben. Das Vorgehen des Herrn v. Jagow hat aber noch andere sehr bedauerliche Konsequenzen im Gefolge. Wie soll die Konsolidierung unserer Staatsverhältnisse kommen, wenn die Ueberzeugung von der Autorität des Reichsgerichts schwindet? Niemand darf es gestattet sein, mit der Autorität unserer Gerichte zu spielen. Der spöttische Ton des Herrn v. Jagow ist eine schwere Schädigung unserer inneren Zustände und unserer auswärtigen Beziehungen. — Nun zum sachlichen Teil der Angelegenheit des Herrn v. Jagow. Ich stelle fest: Am 22. März 1920, sobald überhaupt eine amtliche Tätigkeit in Leipzig wegen der dort herrschenden Straßenkämpfe möglich war, erfolgte der Erlaß des Haftbefehls, des Steckbriefes und des Anschlages an den Anschlagsäulen. Am 23. März 1920 erfolgte die Vermögensbeschlagnahme. Am 25. oder 26. März 1920 die Aussetzung einer Belohnung von 10 000 Mark für die Ergreifung Jagows. Am 28. August 1920 wurde der Antrag der Verteidiger, die Amnestie auch auf Jagow auszudehnen, vom Reichsgericht abgelehnt. Am 24. November richteten die Verteidiger eine Eingabe an das Justizministerium, in der sie erklärten, Jagow wolle sich einer Untersuchungshaft von unabsehbarer Dauer nicht aussetzen. Er wolle sich aber in wenigen Tagen stellen, wenn der Haftbefehl aufgehoben würde. Jagows Verteidiger, Dr. v. Gordon, bat, zu erwägen, ob es nicht möglich erscheine, beim Reichsanwalt darauf hinzuwirken, daß sein Widerspruch gegen die Aufhebung des Haftbefehls erhoben würde. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es wurde erwidert, daß der Minister die gewünschte Anweisung an den Oberreichsanwalt nicht ergehen lassen könne. Am 21. Dezember 1920 ergingen neue Eingaben

des Verteidigers. Am 26. März 1921 beschloß das Reichsgericht die Aufhebung der Vollstreckung des Haftbefehls gegen Leistung einer Sicherheit von 500 000 Mark, da durch Sicherheit die Flucht für ausgeschlossen anzusehen ist. Eine Verdunkelungsgefahr war nicht zu befürchten. Mitte April erfolgte die Leistung der Sicherheit. Darauf wurde Jagow zur Vernehmung zum 3. Mai geladen. Er erschien zum Verhör und ließ sich vernehmen. Er gab seine Wohnung als in Potsdam, Bergerstraße 7, gelegen an. Hier liegt ein Mangel im Verfahren vor, dahingehend, daß von diesem Beschluß und von der Vernehmung Jagows der Oeffentlichkeit keine Kenntnis gegeben wurde. Wäre das geschehen, so wäre nicht die Verwirrung entstanden, daß man Herrn v. Jagow frei herumgehen sah und sich fragte, warum wird er nicht verhaftet. Auch ich wußte nicht, daß Jagow zur Vernehmung erschienen war und nahm an, daß sein Aufenthaltsort unbekannt war. Es ist nun zu prüfen, ob die Voraussetzungen, unter denen der Haftbefehl aufgehoben werden konnte, nicht jetzt gegeben seien. Diese Frage ist zu bejahen. Ich habe an den Oberreichsanwalt die Weisung gerichtet, eine Entscheidung dieser Frage beim Reichsgericht herbeizuführen. (Hört, hört!) Der Oberreichsanwalt stellte unter Hinweis auf die Erklärung Jagows in der „Kreuz-Zeitung" den Antrag, den Beschluß aufzuheben, da der Gesundheitszustand des Angeklagten der Verhaftung nicht mehr entgegenstand. Darauf hat das Reichsgericht folgendes beschlossen: Der Antrag wird abgelehnt. Die Annahme des Beschlusses vom 26. März, daß Fluchtgefahr ausgeschlossen sei, hat sich bisher als richtig erwiesen. Der Angeschuldigte sei der Ladung zur Vernehmung gefolgt und in Leipzig vor dem Untersuchungsrichter erschienen. Zurzeit bestehe kein Anlaß dafür, daß die Voraussetzungen der Strafprozeßordnung, die zu einer Vollstreckung des Haftbefehls führen könnten, gegeben seien. Der Umstand, daß der Angeklagte in einer Erklärung der „Kreuz-Zeitung" sich als nicht krank bezeichnet habe, bilde keinen neuen Umstand im Sinne dieser Bestimmung, da die Gesundheitsverhältnisse für den Erlaß des Beschlusses nicht ausschlaggebend gewesen seien. Vielmehr beruht der Beschluß auf die Erwägung, daß dadurch die Gestellung des Angeschuldigten erreicht und damit die Fortführung des Verfahrens gewährleistet sei. Man wollte also eine Persönlichkeit aus den Tagen des Kapp-Putsches vor die Schranken des Gerichts bringen. Nachdem die Versuche, sich anderer zu bemächtigen, fehlgeschlagen waren, glaubte das Reichsgericht, sich den letzten Weg nicht verschließen zu sollen, um den Fall vor dem Reichsgericht zu klären. Das Reichsgericht hat den Erfolg erzielt, daß Herr v. Jagow in Konsequenz seiner Haltung sich auch zur Hauptverhandlung stellen wird. Das ist ein durchaus erwägenswerter Standpunkt, für den man Verständnis und Achtung haben muß. Nachdem Jagow am 3. Mai vernommen war, wurden zunächst auf Grund seiner eigenen Angaben weitere Zeugen vernommen. Am 9. Mai wurde die Voruntersuchung geschlossen und das Aktenmaterial der Staatsanwaltschaft übergeben. Am 18. Juni begann die Aufstellung der Anklageschrift, wobei es sich um 30 Bände Akte handelt. Die Anklageschrift ist jetzt fertig und wird in acht bis zehn Tagen dem Reichsgericht zugehen. Die Justizverwaltung hat jedenfalls alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Frage einer Klärung zuzuführen. Die Angelegenheit liegt in den Händen des Reichsgerichts. Und wenn Sie gegen das Reichsgericht Sturm laufen, dann machen Sie sich desselben Vergehens schuldig, wie Jagow. Ich werde alles tun, um dem Recht zum Siege zu verhelfen.

Das Haus tritt in die

Besprechung der Interpellationen

ein.

Radbruch (SD.): Es handelt sich für uns um die Frage der öffentlichen Moral und der staatlichen Rechtspflege. In merkwürdiger Parallele zu diesem Falle steht der Fall Hölz. Jagow und Hölz haben die gleiche göttliche Frechheit bewiesen, mit der sie mit der Justiz Katze und Maus spielen. Dabei spielte Hölz aber um seinen Kopf, während Jagows Kopf festsitzt. Für Hölz hatte man rechts nur Entrüstung, sogar so viel, daß für Jagow gar keine Entrüstung mehr übrig blieb. Das Bild des Falles, das leider durch die Schuld des Justizministers im Volke entstanden ist, wird durch seine jetzige Darstellung wesentlich geklärt. Woher nimmt aber der Minister die Kenntnis der Motive des Reichsgerichts, daß auch die Krankheit in dem Beschluß der Aufsetzung des Haftbefehls eine Rolle gespielt hat? Ermittelungen über diese Krankheit hat doch das Reichsgericht nicht angestellt. Das Reichsgericht hat die Verhöhnung Jagows ruhig über sich ergehen lassen und nicht mit dem Vollstreckungsbefehl beantwortet. Das wird im Volke nicht verstanden. Wie anders hätte ein englisches Gericht in diesem Falle gehandelt. Weshalb konnte die sonst so findige Polizei Herrn v. Jagow ein Jahr lang nicht habhaft werden? Es ist alles juristisch korrekt zugegangen. Gewiß, wozu hat man Jurisprudenz gelernt? Um nicht zu wissen, wie es gemacht wird. Ich hoffe nur, daß sich nun noch Strafunfähigkeit aus dieser Einleitung entwickelt. Die Statistik über die Kapp-Verbrecher ergibt das Resultat, daß von den 705 Verbrechen nur noch 19 Fälle mit 11 Angeschuldigten übrig geblieben sind, wovon kein einziger Fall abgeurteilt ist. Die Schuld daran liegt bei der Auslegung des Begriffes: Amnestie durch das Reichsgericht, die der ursprünglichen Ansicht der antragstellenden Parteien widerspricht. Dagegen halte man die 4000 ungeheuerlichen Sondergerichtsurteile gegen Kommunisten. Dr. Gumbel kommt in seinem bekannten Buche zu dem Resultat, daß 282 Fälle von Morden an Angehörigen der Linksparteien der Revolution ungesühnt sind. Ich überreiche dem Justizminister öffentlich und formell dieses Buch zur Nachprüfung und fordere eine ausführliche Denkschrift über alle diese Fälle. Der Minister muß taktvoll seinen Weg zu finden wissen, zwischen der Wahrung der Ansicht der Richter einerseits und der Verantwortung für den Geist der Justiz andererseits. Er muß daher, wenn es nötig ist, auch an der Justiz Kritik üben. Ich schließe mit der Frage an den Minister: Glaubt der Minister, daß das Mißtrauen, das zu unser aller Schmerz auf der Justiz ruht, lediglich auf Unwissenheit und Verhetzung beruht, oder daß die Justiz durch ihre einseitige Rechtsprechung selbst den Anlaß dazu gegeben hat?

Reichsjustizminister Schiffer: Eine enge Fühlung zwischen Oeffentlichkeit und Justiz soll angestrebt werden. Die Urteile der Sondergerichte werden einer sorgfältigen Nachprüfung unterzogen und die Begnadigungssachen werden sorgfältig verarbeitet. Viele Begnadigungen sind bereits erfolgt.

Dr. Moses (USP.): Wir haben heute hier eine Tragikomödie im wahrsten Sinne des Wortes erlebt: Jagow gegen Jagow. Die Jagowsche Krankheit ist schon lange bekannt und in Deutschland eine Epidemie. Nur der Pöbel von rechts und „Gottes Gnaden" wird davon befallen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 7¼ Uhr.

Was geht in Schlesien vor?

Breslau, 5. Juli. („Vorwärts.)

Die „Breslauer Volkswacht" warnt in einem materialreichen Artikel unter der Ueberschrift „Dicke Luft" vor Anzeichen von politischen Abenteuern, die sich in Schlesien im Anschluß an die Auflösung des Selbstschutzes zu entwickeln scheinen. Während die Arbeiterschaft sich bereit erklärt, den Selbstschutzangehörigen bei der Rückkehr zur Arbeit zu Hilfe zu kommen, werde offen und in großem Umfange weiter gemordet. Die Werbemethoden bekämen dabei einen eingentümlich zweideutigen Charakter. Es sei ohne weiteres klar, was es bedeute, wenn jetzt in dem bekannten Stammlokal Roßbach in Breslau ein Teil der Werbungen für den Selbstschutz vor sich gehe. Es sei auch einwandfrei festgestellt, daß selbst in einem Hause, wo sich eine offizielle Abwickelungs- und Auflösungsstelle der Selbstschutzleitung befinde, weiter geworben wird!

Seit einigen Tagen werde auch dort jeder, der sich zur Werbung melde, zunächst nach einem Ausweis der Orgesch gefragt. Leute, die einen solchen Ausweis nicht besäßen, würden nicht angenommen, während man unmittelbar vorher und nachher Inhaber von Orgeschpapieren neu einstelle. Für die Entwaffnung der Selbstschutzformationen an der oberschlesischen Grenze sei anscheinend die Schutzpolizei zu schwach. Ein Bericht aus dem Kreise Nimsk meldet, daß Arbeiter dort umfangreiche Waffentransporte anhielten, die von einem Grafen Westarp geführt wurden und deren Begleiter sich laut „Brieger Volkszeitung" als Arbeiter verkleidet hatten. **Die Polizei, der die Arbeiter den Transport übergaben, ließ die Waffenschieber samt Waffen in der nächsten Nacht durchbrennen.** Der Fall sei nicht der erste dieser Art.

Die „Volkswacht" veröffentlicht ferner ein Rundschreiben des Landesbezirks Niederschlesien der Technischen Nothilfe vom 29. Juni, in welchem es heißt, daß für die nächste Zeit in Breslau mit einem Generalstreik gerechnet werden müsse. Für diesen Fall brauche der Landesbezirk für die lebenswichtigen Betriebe der Stadt Breslau die Unterstützung der Orts- und Landesgruppen der Provinz. **In der Breslauer Arbeiterschaft ist zur Zeit der Datierung des Rundschreibens kein Wort von einem bevorstehenden Generalstreik laut geworden.** Die „Volkswacht" berichtet schließlich, daß gegenwärtig in Schlesien sich eine Reihe bekannter „Fascisten" sammeln, darunter Aulock, Loewenfeld und Pfeffer vom Stahlhelmbund, der unter dem Namen v. Maurit sich mit der Säuberung des Selbstschutzes von Republikanern beschäftige. Auch Kapitän Ehrhardt sei zurzeit Gast beim Stabe des Freikorps Oberland. Die schlesische Arbeiterschaft werde sich von diesen Herren nicht überraschen lassen, sie wisse, was sie zu tun habe, sobald einer von ihnen sich Macht anmaßen will. In der oberschlesischen Frage aber könne ein politisches Abenteuer uns ein für alle Mal der Entscheidung unserer schärfsten Gegner ausliefern. Ueber die Arbeiterschaft hinaus, auf deren Wachsamkeit man sich verlassen könne, sei daher die Mahnung an alle zu richten, die es mit Deutschland gut meinen, in Schlesien jetzt auf der Hut zu sein.

Eine Linkskoalition in Italien.

Kabinett Bonomie.

Vz. Rom, 4. Juli.

Die endgültige Ministerliste lautet: Ministerpräsident und Innenminister: Bonomi, Außenminister: Torretta, Kolonien: Girardini, Justiz: Rodino, Finanzen: Soleri, Krieg: Gasparotto, Schatzminister: Denova, Marineminister: Bergamasco, Unterricht: Corbino, Ackerbau: Mauri, öffentliche Arbeiten: Michell, Industrie: Belotti, Arbeit: Beneduce, Post und Telegraph: Giuffrida, befreite Gebiete: Raineri.

Die Kammereröffnung findet nach dem 10. Juli statt.

Im Kabinett sind die Parteien folgendermaßen vertreten: Rodino, Mauri und Michell sind Popolari, Girardini, Gasparotto und Giuffrida gehören der Sozialen Demokratie an. Der Liberalen Demokratie gehören an Denava, Raineri und Soleri. Bonomi und Beneduce sind Reformsozialisten. Der zur rechten Liberalen Demokratie gehörige Belotti nimmt am Kabinett ohne Genehmigung seiner Gruppe teil. Das Kabinett stellt also, wie gemeldet, eine Konzentration der Linken dar, gegen welche die äußerste Rechte feindlich, die äußerste Linke neutral gesinnt ist.

Ein deutsch-französisches Abkommen.

c Paris, 5. Juli. Der „Intransigeant" veröffentlicht Einzelheiten über das Abkommen, das zwischen den deutschen und den französischen Delegierten vorgesehen und zur Unterschrift fertiggestellt ist. Es handelt sich um Warenlieferungen und Rohmaterialien im Werte von 16 Milliarden. Dabei sind nicht nur Waren, die für den Wiederaufbau notwendig sind, vorgesehen, sondern auch solche, die weiter verkauft werden können. Weiter kommt in Frage der Verkauf von 500 deutschen Lokomotiven und 25 000 Eisenbahnwaggon. Mit der Lieferung der Modelle für die Holzhäuser, die aus dauerhaftem Material hergestellt werden sollen, wird in nächster Zeit der Anfang gemacht, ohne den Abschluß eines endgültigen Abkommens abzuwarten. Die Modelle werden in verschiedenen Gebieten der zerstörten Zone aufgestellt, damit sie von den Beteiligten besichtigt werden können. Aus dem Abkommen geht nicht hervor, in welcher Zeit diese Lieferungen von Frankreich bezahlt werden müssen. Der Austausch der Unterschriften zwischen Loucheur und Rathenau werde voraussichtlich in Wiesbaden erfolgen.

Der türkische Vormarsch.

Paris, 5. Juli.

Eine Radiodepesche aus Konstantinopel meldet, daß infolge der letzten Rekognoszierungen General Papoelas beschlossen hat, die griechische Offensive um etliche Wochen zu verschieben. Die Kemalisten scheinen an der Front von Brussa vorstoßen zu wollen. 6000 Mann hätten sich schon in Bewegung gesetzt, und es verlautet, daß die Griechen Vorbereitungen treffen, um die Stadt Brussa zu räumen. Die schweren Geschütze sind schon entfernt worden. Ismed Pascha und Rabat Pascha sollen sich in Kutahia befinden. Die türkischen Streitkräfte sind bei Eskischehir (Eisenbahnknotenpunkt westlich Brussa) konzentriert. Bei der Front von Kodja-Sli haben die Türken vor der neutralen Linie, die von den Alliierten gezogen wurde, halt gemacht. — (Kemal hat inzwischen offiziell erklärt, daß er die neutrale Zone von Konstantinopel respektieren werde.)

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel soll die Stadt Baghtschedjik von den Türken besetzt worden sein. (Die Stadt liegt 15 Kilometer südlich von Ismid. Brussa ist nach diesen Meldungen von Norden und Westen aus bedroht).

Kemals Ziel.

London, 5. Juli.

Wie Reuter aus Konstantinopel meldet, erklärte Kemal Pascha im Parlament von Angora u. a.: Die Beziehungen zu Afghanistan und Rußland seien gut. Man werde mit der persischen Regierung wieder regelmäßige Beziehungen anknüpfen. Die Londoner Konferenz habe der Türkei kein befriedigendes Angebot gemacht. Man habe der französischen Regierung angeboten, den Kriegszustand zu beendigen. Eine Antwort stehe noch aus. In der Zwischenzeit ist aber der größte Teil der französischen Truppen, die in Zunguldak stationiert waren, zurückgezogen worden. Besprechungen mit hervorragenden französischen Persönlichkeiten haben die Möglichkeit einer Verständigung ergeben. Italien zieht ebenfalls seine Truppen von unserem Boden zurück. Wir suchen die Anerkennung unserer nationalen Rechte und eine vollständige und unabhängige Türkei innerhalb unserer Grenzen und unter Ausschluß ausländischer Einmischungen zu erlangen.

Nach dieser Erklärung sprach die Nationalversammlung dem Kabinett rückhaltloses Vertrauen aus.

Im englischen Unterhause erklärte der Regierungsvertreter, daß die Veröffentlichung einer Kabinettsordre, betreffend Beendigung des Krieges mit der Türkei, binnen kurzem zu erwarten sei.

Die Kemalisten vor Konstantinopel.

TU. Basel, 6. Juli. Die „Daily Mail" meldet aus Konstantinopel: Die alliierten Truppen sind hier in Alarmbereitschaft und auch die Flotte in den Dardanellen befindet sich in alarmbereitem Zustand. 24 alliierte Schiffe liegen vor Konstantinopel. Vortrupps der kemalistischen Armee haben sich der türkischen Hauptstadt auf etwa 15 km genähert.

Die Versenkung der Llandovery Castle.

London, 5. Juli. Wie bereits angekündigt, wurde gestern vormittag vor dem Polizeigericht in Bowstreet ein englischer Zeuge, der sich nicht nach Leipzig zu dem bevorstehenden Prozeß gegen zwei deutsche U-Boot-Offiziere begeben kann, über die Umstände bei der Versenkung des Hospitalschiffes Llandovery Castle vernommen. Der Zeuge, der an Bord des Hospitalschiffes Proviantmeister war, sagte aus, das Schiff, welches weder Munition noch Militär an Bord gehabt habe, sei nachts ohne Warnung torpediert worden, und das U-Boot habe erfolglos versucht, das Rettungsboot, in dem der Zeuge sich befand, in den Grund zu bohren. Später habe man aus der Richtung, in der das U-Boot sich entfernt habe, Schüsse gehört. Auf Befragen des Vertreters der deutschen Anklagebehörde erklärte der Zeuge, er wisse nicht, wieviel Boote nach der Torpedierung klar gemacht werden konnten.

Brüssel, 5. Juli. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Jaspar hat auf Anfrage eines Abgeordneten in der Kammer nochmals erklärt, angesichts des Urteils gegen Rambohr vor dem Reichsgericht in Leipzig werde die belgische Regierung sich mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen setzen, um eine ausreichende Sühne zu erlangen gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles.

Die neuen Steuern.

TU. Berlin, 6. Juli. Ueber die im Kabinett erfolgte Steuereinigung wird berichtet:

Der Gesamtbetrag, der zur wenigstens teilweisen Deckung des Inlandsbedarfes und der Ultimatumspflichten durch Steuern aufgebracht werden soll, beläuft sich auf rund 80 Milliarden Papiermark. Diese Summe soll zur Hälfte durch direkte, zur anderen Hälfte durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Zu den Besitzsteuern gehört die Einkommensteuer, die durch eine schärfere Erfassung erträglicher gestaltet werden soll, die erhöhte Körperschaftssteuer, die Kapitalertrags- und die Kapitalverkehrssteuer, die Erbschaftssteuer, die eine mäßige Erhöhung erfahren soll und die eigentliche Besitzsteuer, nämlich die Vermögenszuwachssteuer und das Reichsnotopfer, dessen Einziehung von 30 auf 10 Jahre verkürzt wird. Bei der Bemessung soll der Geldentwertung Rechnung getragen werden. Wegen der Unsicherheit des Marktwertes soll die Veranlagung von 2 zu 2 oder von 3 zu 3 Jahren erfolgen. Der Gesamtertrag der Besitzsteuer wird auf 40 Milliarden geschätzt. Die Steuern auf Getränke und Tabak werden nicht erhöht, dagegen sollen alle Erleichterungen in Fortfall kommen. Die Umsatzsteuer wird von 1½ auf 3 Prozent erhöht. Ferner wird die Kohlensteuer eine mäßige Erhöhung erfahren, ebenso die Leuchtmittelsteuer und die Zündholzsteuer und einige andere kleinere Steuern. Das Jahresergebnis der indirekten Steuern wird mit etwa 32 Milliarden angenommen. —

Die nächsten Kriegsbeschuldigtenprozesse.

Leipzig, 6. Juli. Die nächsten Kriegsbeschuldigtenprozesse, die vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen, sind folgende:

Am Donnerstag, dem 7. Juli, steht zur Verhandlung der Prozeß gegen den Oberleutnant a. D. Adolf Laule aus Charlottenburg. Es handelt sich hierbei um ähnliche Vorgänge wie in dem Prozeß gegen den General-Leutnant Stenger und Major Crusius. Es sind 17 deutsche Zeugen und 2 Aerzte aus dem Elsaß geladen. Am 8. Juli wird gegen den Generalleutnant a. D. Hans v. Schack und General Bruno Kruska verhandelt, die verantwortlich gemacht werden für eine Typhusepedemie, die im Gefangenenlager Niederzwehren bei Kassel ausgebrochen war und zwar angeblich wegen Vernachlässigung von Einrichtungen des Lagers und ungenügende Aufsichtführung. Für diesen Prozeß sind 11 deutsche und 10 ausländische Zeugen sowie verschiedene Sachverständige geladen. Für den 12. Juli ist Termin gegen den Leutnant zur See Ludwig Ditmar und den Oberleutnant zur See a. D. John Boldt angesetzt.

Rathenaus Hamburger Rede.

Anläßlich der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Hamburg ergriff vor dem hamburgischen Ausschuß für den Aufbau der Friedenswirtschaft der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau das Wort zu längeren Ausführungen, aus denen wir im folgenden die wesentlichen Stellen wiedergeben:

Das Problem des Wiederaufbaues sei ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, das nur den von Völkern selber und der Macht der Erkenntnis gelöst werden könne. Alle europäischen Länder seien durch die Kette ihrer materiellen Verschuldung miteinander verflochten. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner ist Deutschland, und die weitere Verbindung zwischen den Ländern schaffe die Entwertung ihrer Geldmittel. Alle Nationen bedürften des Wiederaufbaues, und der Wiederaufbau des einen Landes könne nicht erfolgen, wenn er nicht Hand in Hand mit dem Aufbau der übrigen Länder gehe.

Ueber allen Völkern hänge der bleierne Himmel einer Krise, die eine organische Krankheit des tief leidenden gesamtwirtschaftlichen Körpers sei. 300 Millionen Menschen seien als Konsumenten ausgeschaltet, und hierdurch wurde eine Unterbindung des Pro-

duktionsprogramms der Welt erfordert, die nicht in wenigen Jahren vollzogen werden könne. An Stelle gemeinsamer Wiederaufbauarbeit werde noch immer versucht, die Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln zu mißbrauchen. Wir seien durch unsere Unterschriften unter die Verträge verpflichtet, bis an die Grenze des Möglichen zu erfüllen; das hindere aber nicht offen auszusprechen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht dem Kraftzustande unseres Landes entspreche. Deutschland sei **kein Land des Goldes und auch kein Land der Rohstoffe.** So können wir nur mit der Arbeit unserer Hände und unseres Geistes zahlen, und wir werden es redlich tun. Wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen wolle, so müsse es gewaltige Warenmengen auf den Markt werfen.

In seinen weiteren Ausführungen kam der Minister auf die Bedeutung des Index zu sprechen, der ein Wahrzeichen der deutschen Entwicklung im Sinne eines Besserungsscheines sein solle; diese Eigenschaft erfülle er jedoch nicht in hervorragendem Maße, da er nur die von uns vollzogenen Leistungen, nicht aber das innere Wesen Deutschlands bemesse. Auch die Bedeutung, den Dumping-Einfluß, d. h. das Ausströmen der Waren auf die Märkte der Welt, zu hemmen, könne der Index nicht erfüllen. Der Strom werde gestaut, aber nicht gehemmt.

Aus diesen Erwägungen heraus seien die Verhandlungen in Wiesbaden entstanden, die zwar langsam, aber stetig fortschreiten. Sie dürfen die Ueberzeugung in uns erwecken, daß von der Gegenseite der Wunsch gehegt werde, mit uns ein Leistungsprogramm an Stelle eines Zahlungsprogramms zu vereinbaren.

Der Minister betonte die geschichtliche Bedeutung der Stadt Hamburg im Rahmen der deutschen Entwicklung und sprach die Hoffnung aus, daß Hamburg wiederum, wenn seine Häfen einst von deutschen Schiffen erfüllt sein würden, Wahrzeichen für unser Wiederaufleben sein werde.

Sechster Kriegsverbrecher-Prozeß.

Für Crusius 2½ Jahre Gefängnis beantragt; für Stenger Freispruch.

In der Verhandlung am Montag wurde zunächst Hauptmann Voigt, der sich nachträglich gemeldet hatte, vernommen. Er hat als Ordonnanzoffizier an der Schlacht bei Saarburg teilgenommen und dabei festgestellt, daß aus einem Kornfelde einzelne Franzosen, die sich totgestellt hatten, die deutschen Truppen von hinten beschossen. Mehrere Franzosen hätten später zugegeben, daß sie auf Befehl handelten.

Ingenieur Brühls, der die zweite Kompagnie führte, war viel mit Crusius zusammen. Crusius sei bereits am Mittag des 20. August sehr niedergeschlagen gewesen.

Generalmajor Neubauer äußert sich hierauf über den gefallenen Major Müller. Dieser sei sehr still gewesen und konnte schwer zu einem Entschluß kommen. Der Sohn Müllers wurde in der Schlacht bei Saarburg schwer verwundet. Die Nachricht hiervon erreichte Major Müller am 24. August, und es sei wohl möglich, daß Müller hierdurch den klaren Blick verloren habe.

Der Sachverständige Dr. Sernau, Leiter der Irrenanstalt Ilten bei Hannover, der den **Geisteszustand des Angeklagten Crusius** geprüft hat, gibt auf Grund der Zeugenaussagen und auf Grund seiner früheren Erfahrungen mit Crusius seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß der Angeklagte eine psychisch abnorme Persönlichkeit ist, die durch besondere Ereignisse aus dem seelischen Gleichgewicht kommt und sich dann vorwiegend von Affektregungen leiten läßt und verstandesgemäßen Erwägungen kaum Raum gibt. Auch bei Ausführung des angeblichen Befehls trifft Crusius nach der Meinung Dr. Sernaus keine Schuld, da er automatisch handelte. Was den 26. August anbetrifft, so schließt sich Dr. Sernau dem Gutachten Professor Antons an, wonach die frei Willensbestimmung bei Crusius ausgeschlossen war.

Geheimrat Professor Dr. Bumke (Leipzig) als Sachverständiger erklärt nach einer kurzen Erwägung der ererbten Eigenschaften des Majors Crusius und seiner Widerstandslosigkeit gegen Alkohol die Tatsache, daß Crusius trotz der bei ihm festgestellten anormalen Erscheinungen immer wieder ins Feld geschickt worden ist, damit, daß Crusius sich seiner Pensionierung widersetzte und einen großen Ehrgeiz hatte. Eine verminderte Zurechnungsfähigkeit war aber am 21. August ohne Zweifel vorhanden. Für den Nachmittag des 26. August nimmt der Sachverständige **Unzurechnungsfähigkeit** an.

Der militärische Sachverständige, General der Infanterie a. D. Kuhl, führt aus: Die Bestimmung der Haager Landkriegsordnung: ein Wehrloser, der die Waffen gestreckt habe, solle nicht getötet werden, sei nur als Richtlinie anzusehen. Abweichungen davon müßten als zulässig betrachtet werden, wenn die Erhaltung der eigenen Truppe in Frage komme und die Erreichung des Kriegszweckes anders nicht zu ermöglichen ist. Nach seiner Ueberzeugung kann es im äußersten Notfalle wohl vorkommen, daß Verwundete getötet werden müssen, weil man sie aus irgendwelchen Gründen nicht im Rücken der kämpfenden Truppen lassen könne. Ein allgemeiner Befehl zur Tötung Verwundeter sei natürlich unzulässig. General Kuhl ist der Ansicht, daß eine dringende Notwendigkeit zur Ausführung des angeblichen Befehls nicht vorlag. Was das schwere Waldgefecht am 26. August anbetrifft, so sei General Stenger zweifellos berechtigt, ja sogar verpflichtet gewesen, die erforderlichen Anweisungen zu geben, **also auch die, keine Gefangenen zu machen.**

Damit ist die Beweisaufnahme geschlossen, und es tritt eine Pause bis ¼4 Uhr ein.

Nach der Pause ergreift der Oberreichsanwalt das Wort zur **Anklagerede:** Dem General Stenger wird von der Entente vorgeworfen, die fraglichen Befehle am 21. und 26. August gegeben zu haben. Der Oberreichsanwalt ist fest davon überzeugt, daß der Angeklagte Stenger einen solchen Befehl nicht gegeben hat. Gestützt wird die Behauptung der Entente lediglich durch die Aussage des Angeklagten Crusius, während eine ganze Reihe einwandfreier Zeugen bekundet habe, daß Stenger den Befehl nicht erteilt hat. Dem Angeklagten Crusius will der Oberreichsanwalt nicht den Vorwurf der subjektiven Unwahrhaftigkeit machen, denn er kann sich nicht denken, daß ein höherer deutscher Offizier das Reichsgericht anlügen werde. Die Behauptung des Angeklagten Crusius ist aber als objektiv falsch anzusehen. Der Angeklagte Crusius hat am 21. August den angeblichen Befehl weitergegeben und bei seiner Ausführung mitgewirkt. Er war noch der Auffassung des Oberreichsanwalts tatsächlich der Meinung, einen solchen Befehl von Stenger erhalten zu haben. **Infolgedessen sind tatsächlich auch eine Anzahl Verwundete erschossen worden.** Es ist auch durchaus glaubhaft, daß **Crusius selbst geschossen hat.** Eine Bestrafung völkerrechtswidriger Handlungen hält der Oberreichsanwalt für unzulässig, wenn eine durch das Strafgesetzbuch mit Strafe bedrohte Handlung in Frage steht. In letzterem Falle wird der Ausführende selbst strafbar. Zweifellos können die Bestimmungen der Haager Konvention nicht unter allen Umständen durchgeführt werden. Die Kriegsnotwendigkeiten spielen hier eine wesentliche Rolle. Am 21. August bestand nach den Sachverständigen und den Zeugen keine Notwendigkeit zu einem solchen Befehle, auch dann nicht, wenn am Tage vorher von den Verwundeten hinterrücks geschossen worden war. Es mag empörend für das Rechtsgefühl sein, daß Ueberschreitungen auf unserer Seite bestraft werden, während diejenigen auf der Gegenseite ungesühnt bleiben. Aber das gehört vor das Forum der Geschichte, nicht aber vor das Forum des Reichsgerichts. — Der Oberreichsanwalt bejaht dann die Frage, ob Crusius das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt haben müsse. Nach § 116 des Militärstrafgesetzbuches ist ein Vorgesetzter zu bestrafen, der unter Mißbrauch seiner Dienstgewalt einen Untergebenen zur Begehung eines Verbrechens bestimmt. Crusius hat sich der Anstiftung zur Tötung und der versuchten Tötung schuldig gemacht, zum mindesten der groben Fahrlässigkeit, indem er den Befehl nicht auf seine Rechtmäßigkeit nachprüfte. Stenger ist zu glauben, daß er einen Befehl, daß Gefangene nicht gemacht werden dürfen, nicht erteilt hat. Die Aeußerung bezüglich der Baumschützen erscheint verständlich und diente unseren Leuten zur Warnung. Der Oberreichsanwalt kann gegenüber den ärztlichen Gutachten nicht annehmen, daß Crusius am 26. August zurechnungsfähig war, daher sei er nur für die Handlungen am 21. August zu verurteilen. Mildernde Umstände können ihm wohl nicht versagt werden. — Andererseits sind die Folgen so schwer gewesen, daß **2 Jahre 6 Monate Gefängnis beantragt** werden müssen.

In bezug auf General Stenger wird kein **Antrag gestellt.**

Crusius' Verteidiger treten in ausführlichen Reden für Freisprechung ein.

Stengers Verteidiger, Dr. Lemke-Bremen, erwähnt zunächst, daß er eine große Anzahl von Briefen erhalten habe, in denen die schärfste **Entrüstung über die Kriegsprozesse** ausgesprochen werde. Für den Vorwurf der Verletzung des Völkerrechts sei in diesem Prozeß keinerlei Beweis erbracht worden. Der Verteidiger ist gespannt, ob nun endlich auf der anderen Seite die Gerechtigkeit zum Durchbruch kommen wird. Seinem Klienten liege nichts daran, wegen Mangels an Beweisen freigesprochen zu werden, sondern er hoffe bestimmt, daß das Gericht seine volle Unschuld feststellen werde.

Zweck des Krieges ist die Vernichtung des Feindes. Unternehmer des Krieges ist der Staat. Dieser verlangt von seinen Soldaten die Erfüllung des Kriegszweckes. Der Staat wird nicht denjenigen, der in der Abwehr zu weit geht, wegen fahrlässiger Tötung zur Verantwortung ziehen können.

General Stenger spricht in seinem Schlußwort, sichtlich stark bewegt, seine Genugtuung darüber aus, daß es ihm gestattet ist, sich hier gegen die schimpfliche Beschuldigung zu verteidigen. Er habe niemals das Völkerrecht verletzt und kein Verbrechen begangen. Er stehe hier hocherhobenen Hauptes und beanspruche eine Ehrenerklärung.

Major Crusius beteuert, daß er stets in gutem Glauben gehandelt habe und bittet für den Fall der Verurteilung um Zubilligung mildernder Umstände und Anrechnung der Untersuchungshaft.

Das Urteil wird Mittwoch, 3 Uhr nachmittags, verkündet werden.

Der Todesweg der bürgerlichen Demokratie.

Forscht man nach den Ursachen des deutschen Unglücks, so stößt man immer wieder auf das politische Versagen des deutschen Bürgertums. Seit dem Verfall der Nationalliberalen hat es in Deutschland nie mehr eine bürgerliche Partei gegeben, die dem politischen Geschehen die Zeichen ihres Willens aufdrückte. Bis zur Schicksalswende von 1918 regierte das persönliche Regiment, gestützt von den Junkern, dann siegte die Republik durch die Stoßkraft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Der größte Teil des deutschen Bürgertums hatte, soweit es überhaupt politisch dachte, bis zum Kriegsausbruch in der Angst vor der Sozialdemokratie gelebt. Obwohl man der Sozialdemokratie auch vor dem Kriege bolschewistische Allüren durchaus nicht nachsagen konnte, vielmehr ihre Loyalität und ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Demokratie unzweifelhaft feststand, ließ man sich von der Rechten ins antirevolutionäre Bockshorn jagen, und verkannte vollkommen die Gefährlichkeit jener Faktoren, aus denen sich der wirkliche „Kladderadatsch" vorbereitete. Die Sozialdemokratie stand in ihrem Kampf für das parlamentarische Regime und das gleiche Wahlrecht in Preußen allein. Heute begreift, von einigen unheilbar Bornierten abgesehen, jeder Mensch in Deutschland, daß die Hindernisse, die sich der demokratischen Entwicklung entgegenstellten, auf die Dauer unhaltbar waren, und daß ihre allzu zähe Verteidigung wesentlich zum Unglück des deutschen Volkes beigetragen hat.

Unter dem Druck dieser Erkenntnis bildete sich kurz nach der Revolution die „Deutsche Demokratische Partei". Sie sollte nach dem Willen ihrer Gründer nicht bloß eine neue Form für einen alten Inhalt sein, sondern einen neuen lebenskräftigen Faktor der deutschen Politik darstellen, indem sie sich entschlossen auf den Boden der demokratischen Republik stellte, bereit, ihn zu verteidigen und zu diesem Zweck die Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft anzunehmen, ohne die ein erfolgreicher Kampf gegen rückschrittliche Tendenzen nicht möglich ist. Sollte aber diese Verbindung Bestand haben, so durfte die neue bürgerliche Partei keine reine Bourgeoispartei sein, die ihre Stellung zur Regierung lediglich danach bestimmt, welche steuerlichen und sozialen Lasten sie zu tragen hat, sondern sie mußte eine wirkliche Staatsbürgerpartei werden, die für die Nöte der arbeitenden Massen Verständnis zeigte und dem sozialen Fortschritt — ohne theoretische Voreingenommenheit gegen den Sozialismus —, soweit er jeweilig realisierbar war, den Weg bahnen half.

Dieses Ziel schwebte den Gründern der Deutschen Demokratischen Partei deutlich vor, wie es dem leider zu früh verstorbenen Theodor Barth vorschwebte, der dafür jahrzehntelang vergeblich gekämpft hatte. Sie gingen mit Optimismus an ihre Arbeit, und die ersten Erfolge schienen diesen Optimismus zu rechtfertigen. Es bleibt eine unvergänglich geschichtliche Tatsache, daß die Entstehung der Verfassung der Deutschen Republik mit dem Namen eines bürgerlichen Demokraten, des Staatssekretärs Hugo Preuß, unzertrennlich verbunden ist.

Stand die Demokratische Partei fest zu ihren Grundsätzen, so brauchte sie eine Bedrohung ihrer Selbständigkeit durch die Sozialdemokratie nicht zu fürchten. In Fragen der „formalen Demokratie" bestanden keine Meinungsverschiedenheiten. Das Maß der sozialen Reformen zu bestimmen, lag aber in ihrer Hand, solange es der Sozialdemokratie nicht gelang, eine Mehrheit in den Volksvertretungen gegen sie zu bilden, und die Entstehung einer solchen Mehrheit wurde in dem Maße erschwert, als eine aufrichtig demokratische und sozialreformerische bürgerliche Partei breitere Massen der Angestellten und Beamten bei sich festzuhalten verstand. Es war also, vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie gesehen, wahrhaftig keine schlechte Politik, die den Gründern der Deutschen Demokratischen Partei vorschwebte.

Vergleicht man jedoch die Haltungen von 1918 mit der Wirklichkeit von 1921, so findet man, daß von ihnen beinahe nichts mehr übrig geblieben ist. Das Beharrungsvermögen hat über alle Kräfte der Erneuerung gesiegt, und die Deutsche Demokratische Partei ist heute schon nichts anderes mehr als der gute alte Bürgerfreisinn aus der Zeit vor dem Kriege.

Der Versuch, eine eigene Linie der Politik festzuhalten, scheint so gut wie vollständig aufgegeben. Die taktische Bewegung der Partei erfolgt nach dem Gesetz der Attraktion und Repulsion, wie etwa eine Billardkugel zwischen den Tischkanten hin- und herläuft. Im Augenblick ist das Streben nach rechts, die Hinneigung zur Deutschen Volkspartei übermächtig. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dann wieder nach einiger Zeit, wenn man gesehen hat, welchen Schaden man angerichtet hat, wieder eine Rückentwicklung nach links erfolgen. Genau so war es auch vor dem Kriege: 1907 schlug der Freisinn mit den Konservativen die Wahlschlacht gegen die Sozialdemokratie und ließ sich dafür von Wilhelm II. beloben. Später erschrak er über die Früchte seiner Taten so sehr, daß er im Jahre 1912 das bekannte Wahlabkommen mit der Sozialdemokratie schloß.

Betrachten wir die Dinge aus rein taktischen Gesichtspunkten, so brauchen uns die „Extratouren", die der Freisinn mit Stegerwald in Preußen, mit Kahr in Bayern tanzt, nicht zu beunruhigen. Wir können warten. Aber der klaren Einsicht dürfen wir uns nicht verschließen, daß eine Partei, deren Willensorgane so schwach entwickelt sind, als Subjekt der Weltgeschichte schwerlich in Betracht kommt. Und auch darüber müssen wir uns klar sein, daß die alte unheilvolle Schwäche und Einsichtslosigkeit des deutschen Bürgertums die Gefahr einer Wendung zur Katastrophenpolitik außen und innen bedenklich verschärft.

Diese notwendige Einsicht ist nicht auf die Sozialdemokratie allein beschränkt. Es gibt auch Demokraten, die sie teilen, wie man bemerkt, wenn man die Haltung einzelner demokratischer Blätter außerhalb Berlins verfolgt. Eine jüngst hier zitierte Stimme aus der „Frankfurter Zeitung" beweist es. Im großen Ganzen zeigt aber die demokratische Presse weit mehr das Bestreben, ihrem behäbigen Publikum durch anmutige Plaudereien über die Unannehmlichkeiten der Zeit hinwegzuhelfen, als Kämpfer für ihre unvermeidlichen Kämpfe zu schulen. Diese Sanftlebigkeit sticht grell ab von dem zähen, fanatischen Eifer, mit dem die reaktionäre Presse ihre Ziele verfolgt.

Auch als Sozialdemokrat kann man der Meinung sein, daß in den gegenwärtigen kritischen Zeitläuften eine andere Entwicklung der bürgerlichen Demokratie für das Volksganze ersprießlicher gewesen wäre. Aber es hilft nichts, sich die Dinge auszumalen, wie man sie gerne haben möchte, man muß sie sehen, wie sie sind. Und darum heißt es für uns: Aufgepaßt! Geht es einmal hart auf hart im Kampf um die Republik, dann sind wir ganz auf uns selbst gestellt.

Volkswirtschaft.

Die Gründe der polnischen Valutakatastrophe.

Der Finanzminister Steczkowski hat im Sejm eine Rede gehalten, in der u. a. sagte, die Valutakrise war zeitlich durch die Verwicklungen in Oberschlesien bedingt. Weitere Ursachen seien der verringerte Zufluß amerikanischer Ueberweisungen, der vollkommene Stillstand des polnischen Naphtha- und Holzexports, der dauernde Bedarf an fremder Valuta für staatliche Lebensmittel- und Kohleneinkäufe und für Rohstoffkäufe der Großindustrie. Ausländische Spekulationskäufer der polnischen Mark hätten mit Angstverkäufen begonnen. In Wien allein seien 10 Milliarden angeboten worden. In Polen selbst herrsche eine „Spekulationsorgie", wobei die falschen Gerüchte über eine bevorstehende Notenabstempelung und Devalpation eine Panik hervorgerufen hätten. Als einzige unmittelbare praktische Maßnahme beantragt Steczkowski eine Verlängerung und Erweiterung der ihm bereits vor einem Jahr erteilten besonderen Vollmächten zur Ueberwachung des Auslandgeldverkehrs und stellte die Ausgabe von Schatzscheinen über 5 Milliarden in Aussicht, wodurch eine Verminderung der schwebenden Schuld erzielt werden soll. Die allgemein erwartete Ankündigung einer großen Vermögensabgabe als Staatsnotopfer blieb aus. Jedoch soll eine Gesetzvorlage über eine Zwangsanleihe eingebracht werden, aber erst nach den Parlamentsferien, d. h. frühestens Anfang August.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 5. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		5. Juli.	4. Juli.
Holland	100 fl.	2450.—	2412.50
Kopenhagen	100 Kr.	1252.50	1232.50
Stockholm	100 Kr.	1627.50	1597.50
Kristiania	100 Kr.	1062.50	1042.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	130.—	127.50
Schweiz	100 Frs.	1255.—	1227.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	12.50	12.50
Budapest	100 K.	27.25	28.—
Prag	100 K.	99.—	99.25
Spanien	100 Pesetas	960.—	942.50
London	1 £	278.—	274.—
Paris	100 Frs.	598.—	590.—
Belgien	100 Frs.	594.—	587.—
Italien	100 Lire	870.—	864.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	74.50	73.25
do. briefl. Ausz.	od. Scheck	74.87	72.87
Bukarest	100 Lei	—.—	112.50

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 5. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Std.
D.		Heimdahl	Albertsonn	Iffens	1	
	S.	Olga	Scheel	Neustadt		2
D.		Westfalia	Uecker	Nyborg	1	

Angekommen am 6. Juli 1921.

D.	Svanen	Steenfeld	Gothenburg	1
D.	Max Fischer	Ahlbrand	Rostock	1
D.	Wilh. Lüdke	Christlieb	Nykobing	1
D.	Ludw. Kolberg	Jörgensen	Göteborg	4

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. — Druck und Verlag von Friedrich Meyer & Co., sämtliche in Lübeck.

KARSTADT

SAISON-

AUSVERKAUF

Damen-Konfektion

Blusen aus gestreift. Zephir, Kimonoform, mit Paspel und Knopfgarnitur **9.50**

Blusen aus weißem Waschvoile, mit Stickerei und Häkelarbeit **19.50**

Blusen Hemdform, mit langen Aermeln, aus gestreiftem Zephirstoff **39.50**

Blusen aus weißem Vollvoile, mit farbiger Stickerei **49.50**

Kleider aus gemusterten Baumwollstoffen, Rock und Bluse **49.50**

Kleider aus weißem oder farbigem Waschvoile, in verschiedenen Ausführungen **85.00**

Kleider aus farbigem Vollvoile, Waschkrepp od. Frottee, vieleAusführung. **168.00**

Kleider aus weiß. Vollvoile, mit reicher Stickerei u. eleganten Einsätzen, darunter Kleider mit Handtickerei und echtem Filet **250.00**

Unterröcke aus dunkelblauem Baumwollstoff oder gestreiftem Waschstoff **28.50**

Kleiderröcke aus dunklem Wollstoff oder weißem Frottee **45.00**

Kleiderröcke a. dunkelblauem Cheviot, in moderner Machart **95.00**

Morgenröcke aus gemustert. Baumwollstoffen, in verschied. Ausführungen **98.00**

Damen-Putz

Hutformen in echt Tagal, schwarz und farbig, zum Aussuchen **24.00**

Eleg. Hutformen in Tagal u. Tagalpico, feinste Farben u. mod. Formen **35.00**

Modellformen die letzten Neuheiten für Damen und Kinder **45.00**

GarnierteHüte sind sämtlich auf die Hälfte und mehr zurückgesetzt . von **35.00** an

Zutaten Flügel und Blumen zum Aussuchen ..... von **25.** an

Ohne Rücksicht

auf den früheren Wert unter dem einen Gesichtspunkt, die Läger vollständig zu räumen.

Wir brauchen Platz

für die neue Winterware.

Jabots aus Tüll **7.90**

Schalkragen **9.50**

Seidenband

ca. 2½ cm breit	ca. 5 cm breit	ca. 6 cm breit
1.75	2.75	3.75

Damen-Konfektion

Kostüme aus grauen Stoffen auf reinseidenem Futter **150.00**

Kostüme aus reinwollenem Cheviot, auf halbseidenem Serge **295.00**

Kostüme aus reinwollenen Kammgarnstoffen, auf halbseiden. Serge **395.00**

Kostüme aus reinwollenem Gabardine, auf halbseidenem Serge ... **495.00**

Mäntel aus reinwoll. od. englisch gemusterten Stoffen, in versch. Macharten **125.00**

Mäntel aus imprägnierten braun. Covercoat, offen u. geschlossen zu tragen **180.00**

Mäntel aus reinwollenen Stoffen in vielen Farben und Macharten **250.00**

Mäntel aus imprägniert. Seidenstoffen, od. imprägn. besten Covercoats **295.00**

Kinderkleider aus baumwollenen, gemusterten Stoffen, für Mädchen von 3—6 Jahren **28.00**

Kinderkleider aus bedruckten Musselinstoffen, für Mädchen von 3—9 Jahren **49.00**

Kinderkleider aus reinseidenen Stoffen mit Stickereien, für Mädchen von 3—6 Jahren **55.00**

Kindermäntel aus reinwollenen Stoffen in verschiedenen Farben, für Mädchen von 4—10 Jahren **120.00**

Kindermützen

Knaben-Strohhüte in Bastgeflecht, Panamaform **17.50**

Matrosen-Hüte für Knaben und Mädchen, in Stroh und Bast **19.50**

Knaben-Seppelhüte weiß und farbig, Bast- und Strohgeflecht **7.50**

Knaben-Seppelhüte weiß und farbig **15.00**

Polenmützen weiß und farbig 27.50 **15.00**

3766

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 7. Juli 1921, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. **Die Bedeutung der Presse in der Arbeiterbewegung.**
Referent: Genosse **Dr. Leber.**
2. Verschiedenes.

3758) **Die Ortsverwaltung.**

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 8. Juli 1921, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Generalversammlung.
2. Aufstellung der Kandidaten.
3. Erhebung eines Extrabeitrages für Streikzwecke.
4. Innere Verbandsangelegenheit.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

3744) **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Zimmerer.

(Bezirk Lübeck).

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, 7. Juli, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über den Zentralstreikfonds.
2. Wahl von Ausschußmitgliedern zur Ortskrankenkasse.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.

3763) **Der Vorstand.**

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Adlershorst.

Jeden Donnerstag: **Ball**

3768

Stadttheater Lübeck.

Abonnements-Ausgabe.

Für Donn.-Ab. Donnerst. 7. 7.
„ Freitag- „ Freitag 8. 7.
„ Sonnab.- „ Sonnab. 9. 7.
von 9—2 Uhr an der Theaterkasse Beckergrube. (3753

Die Direktion.

Konzerthaus Lübeck.

Für Sommerfeste sind der große Garten u. Säle noch an einigen Sonn- u. Wochentage frei. Tel. 408.

3742) **H. Cyriacks.**

Beilage zu Nr. 155
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 6. Juli 1921

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 6. Juli.

Achtung! Die Kassierer von den Ortsgruppen des „Sozialdemokratischen Vereins“ werden gebeten, die Abrechnungen für das zweite Quartal 1921 sobald wie möglich an das Sekretariat, Johannisstr. 50, zu senden.

Achtung, Jungsozialisten! Morgen Donnerstag, den 7. Juli, abends ½8 Uhr, Diskussions-Abend im neuen Heim, „zur alten Post“ Fünfhausen 30. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Arbeitsausschuß.

Verein „Arbeiter-Jugend“ Donnerstag, den 7. Juli, 7½ Uhr, abends im Gewerkschaftshaus: Ortsvorstandssitzung. Im Monat Juli fällt der Gesangunterricht aus.

Schwarz-rot-gold.

In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins (über die wir morgen ausführlicher berichten) wurde folgende vom Genossen Dr. Leber eingebrachte Entschließung angenommen:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins kann keinerlei stichhaltige Gründe für eine Abänderung der in der Verfassung festgelegten Handelsflagge anerkennen. Die wüste Agitation für schwarz-weiß-rot, die beständig von Handels- und Schiffahrtsinteresse redet, hat in Wirklichkeit nur das Ziel, nationalistischer Sonderpolitik zu dienen und die Weimarer Verfassung rückwärts zu revidieren.

Die Sozialdemokratie Lübecks wird alle diese Bestrebungen auf das schärfste bekämpfen, und sie fordert, daß jeder einzelne Parteigenosse an seiner Stelle diesen Kampf unterstützt.

Insbesondere ist zu verlangen, daß die Hafenpolizei angewiesen wird, der verfassungsmäßigen Handelsflagge zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

Zum Streik der Lastadiearbeiter.

Vom Syndikus des Vereins der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks und Umgegend, Herrn Rechtsanwalt Ewers, wird uns zu dem Artikel vom 4. Juli folgende Richtigstellung übermittelt: 1. Es heißt in dem Artikel: „Es wurde beschlossen, den Arbeitgebern zu unterbreiten, den Lohn von 5,40 Mark inkl. der Teurungszulagen auf 6,40 Mk. zu erhöhen, wobei die bisherigen Teurungszulagen als fester Lohnsatz gelten sollen.“ Demgegenüber lautet der in Frage kommende Inhalt des Kündigungsschreibens des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes vom 11. Juni wörtlich wie folgt: „Die Forderungen der Lastadiearbeiter geht dahin, auf den Grundlohn von 5,40 Mk. pro Stunde 1 Mk. Aufschlag zu zahlen.“ Aus diesem Satze konnte die Arbeitgeberschaft nicht entnehmen und hat aus ihm auch nicht entnommen, daß nach dem Willen der Arbeitnehmer in der Mehrforderung von 1 Mk. pro Stunde die tariflich schon bezahlten Teurungszulagen einbegriffen sein sollen. 2. Die in dem Artikel allerdings nur in Vermutungsform geäußerte Auffassung, als sei in Bremen gelegentlich der Tagung des Vereins Deutscher Holzeinfuhrhäuser eine Lohnherabsetzung mitberaten worden, trifft nicht zu. 3. Die in dem Artikel aufgestellte Behauptung, daß die Lastadiearbeiter die am schlechtesten entlohnten Arbeiter Lübecks seien, ist unrichtig. Der Lohnsatz der Lastadiearbeiter beträgt als Grundlohn 5,40 Mk. pro Stunde, wozu ein Teurungszuschlag von 2 Mk. für die Ehefrau und 1 Mk. für jedes Kind pro Tag kommt. Demgegenüber beträgt der Lohnsatz der Staatsarbeiter in Lübeck für einen Ledigen 5,15 Mk., für einen Verheirateten 5,20 Mk. pro Stunde, wozu für jedes Kind ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Stunde kommt. Ein Staatsarbeiter erhält also erst, wenn er verheiratet ist und ein Kind hat, den gleichen Lohnsatz wie ein Lastadiearbeiter, der unverheiratet ist. Der Lohnsatz eines Lastadiearbeiters und eines Transportarbeiters gleicht sich erst, wenn die Familie aus einer Ehefrau und 5 Kindern besteht. Bei noch größerer Kopfzahl sind die Bezüge der Staatsarbeiter um ein geringes besser als die der Lastadiearbeiter. Außerdem wird beispielsweise darauf hingewiesen, daß zwischen der Tarifkommission des Hafenarbeitgeberverbandes und der Lohnkommission der Kohlenplatzarbeiter eine Lohnvereinbarung dahin getroffen worden ist, daß vom 1. Juli 1921 bis 31. Dezember 1921 ein Kohlenplatzarbeiter 250 Mk. Wochenlohn erhält. Demgegenüber beträgt der Wochenlohn eines ledigen Lastadiearbeiters 259,20 Mk., bei einem Arbeiter mit einer Ehefrau und Kindern 283,20 Mk.

Dazu wird uns geschrieben: Zu der Berichtigung der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer haben wir folgendes zu erwidern: 1. Die Forderung der Lastadiearbeiter geht dahin: Auf den Grundlohn von 5,40 Mk. vom 1. Juli ab 1 Mk. Aufschlag zu zahlen. Ueber die Teurungszulagen aber gedachten wir in den stattfindenden Verhandlungen weiter zu beraten. Die Verhandlungen wurden aber von den Arbeitgebern strikte abgelehnt, somit war uns keine Gelegenheit gegeben, unsere Wünsche klarzustellen. 2. Unsere Vermutung, daß in Bremen vom Verein Deutscher Holzeinfuhrhäuser eine Herabsetzung der Löhne mitberaten würde, ist damit begründet, weil in dem uns vom Verein der Holzhändler und Sägemühlenbesitzer Lübecks zugesandten Schreiben der Passus enthalten war: Daß die Arbeitgeber bedacht sein müßten, die Unkosten in ihren Betrieben nicht zu erhöhen, sondern zu vermindern. 3. Die Behauptung, daß die Lastadiearbeiter die schlechtest entlohnten Arbeiter Lübecks sind, glauben wir auch ferner aufrecht erhalten zu können, denn der in der Berichtigung angeführte Hinweis auf die Löhne der Staatsarbeiter ist insofern nicht zutreffend, als 1. die Teuerungszulage von 20 Pfg. pro Stunde = 1,60 Mk. pro Tag höher ist als die uns gezahlte. Ferner sind die Urlaubsverhältnisse sowie die bei Krankheitsfällen gezahlten Entschädigungen (80 Proz. des Arbeitslohnes) bedeutend größer, so daß die Differenz des Grundlohnes gut ausgeglichen wird. Auch der Hinweis auf die Löhne der Kohlenplatzarbeiter ist den Tatsachen nicht entsprechend. In der Sitzung des Schlichtungsausschusses am 24. Juni d. J. wurde vereinbart: für Kohlenarbeiter 280 Mk., für Kohlenkutscher 295 Mk., für Eisenarbeiter 275 Mk., für Kranführer 310 Mk. und für Handwerker 307 Mk. Wochenlohn. Die Kohlenarbeiter lehnten den Schiedsspruch aber ab und es wurde ihnen in der darauf stattfindenden Verhandlung abermals 10 Mk. pro Woche mehr für jede in Frage kommende Kategorie (290 Mk., 305 Mk., 285 Mk., 320 Mk., 317 Mk.) zugesprochen.

Die Streikleitung.

Die Seemaschinistenschule.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer schreibt uns: Die bürgerliche Presse brachte in vergangener Woche eine Notiz, wonach der Lübecker Senat beabsichtigt, die Seemaschinistenschule in Lübeck eingehen zu lassen, da diese unter den heutigen Verhältnissen (geringer Besuch usw.) zu hohe Zuschüsse beanspruche, die der Staat nicht zu leisten in der Lage wäre. Entspricht diese Notiz den Tatsachen, woran kaum zu zweifeln ist, so muß hier auf das entschiedenste gegen derartige Maßnahmen protestiert werden.

An der Erhaltung der Seemaschinisten-Schule, die für die Schiffahrt eine große Bedeutung hat, ist die hier in Frage kommende Arbeiterschaft auf das äußerste interessiert. Man sollte deshalb im Senat die Sache erst einer gründlichen Prüfung unterziehen und, anstatt die Schule eingehen zu lassen, diese weiter ausbauen, d. h. auf die Landmaschinisten und Heizer ausdehnen.

Ungeheure Umwälzungen hat die Technik in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Maschinen- wie Kesselbaues hervorgerufen. Dazu kommt der enorme Mangel an Kohlen, für welchen, wollte man das Wirtschaftsleben nicht zum größten Teil lahmlegen, Ersatz geschafft werden mußte, den man auch in dem für die Kesselheizung als minderwertig anzusehenden Material (Rohbraunkohle usw.) fand das aber wieder teilweise den Um- resp. Neubau der Kesselfeuerung bedingte. Daß hier alte Arbeitsmethoden neuen Platz machen mußten, ist jedem Fachmann verständlich. Somit bedingt also die Bedienung einer neuzeitlichen Maschinen- wie Kesselanlage einer größeren Intelligenz als ehedem. Der heutige Zustand, wonach es jedem Kesselbesitzer freisteht, jede beliebige Person mit der Wartung und Bedienung einer Maschine oder eines Kessels zu betrauen, ist nicht mehr haltbar, ist vielmehr zu einer Gefahr für die Oeffentlichkeit geworden. Dieser Erkenntnis hat sich auch das Reichswirtschaftsministerium nicht verschließen können und es schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer über Richtlinien zwecks praktischer, sowie theoretischer Ausbildung der Maschinisten und Heizer. Mehr aber noch als das Reich, sollten die einzelnen Länder der Ausbildung der Maschinisten und Heizer eine gewisse Bedeutung beimessen. Eine am Sonnabend, dem 3. Juli tagende Mitglieder-Versammlung des Zentral-Verbandes der Maschinisten und Heizer befaßte sich mit dieser Angelegenheit. Sämtliche Diskussionsredner vertraten den oben skizzierten Standpunkt. Die Versammlung nahm folgende Entschließung einstimmig an:

„Die am 2. Juli im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung des Zentral-Verbandes der Maschinisten und Heizer protestiert gegen die vom Lübecker Senat beabsichtigte Schließung der Seemaschinistenschule. Sie vertritt den Standpunkt, daß die Seemaschinistenschule nicht eingeht, vielmehr ausgedehnt wird auf Landmaschinisten und Heizer, so daß hier eine Schule für sämtliche, den Maschinisten- und Heizerberuf Wählende geschaffen wird, etwa nach Hamburger Muster.

Die Maschinisten und Heizer vorgenannter Organisationen beauftragen ihre Organisationsvertreter, Schritte zu unternehmen, die oben gesteckten Ziele der Verwirklichung entgegenzuführen.“

An die Kappisten ist folgende amtliche **Aufforderung** gerichtet: Trotz der wegen Nichtablieferung von Heeresluftfahrgerät angedrohten hohen Strafen (bis 100 000 Mark Geldstrafe oder 1 Jahr Gefängnis) sind Anzeichen vorhanden, daß die Ansicht der Entente, das Gerät sei noch nicht völlig abgeliefert, nicht ganz unbegründet ist. Die Annahme des Ultimatums verpflichtet die deutsche Regierung, nochmals mit verstärktem Nachdruck auf restlose Ablieferung hinzuwirken. Zur Erlangung dieses Zieles sollen die Strafbestimmungen des Gesetzes vom 30. 12. 1920 eine erhebliche Verschärfung und Erweiterung bezüglich der Angabepflicht erfahren. Es liegt im dringensten Interesse der deutschen Luftfahrt, durch vollständige Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung darauf hinzuwirken, daß das infolge der bisher verzögerten Ablieferung und der Annahme des Ultimatums nunmehr zu erlassende gesetzliche Bauverbot von Luftfahrzeugen möglichst bald mit Genehmigung der Entente wieder aufgehoben werden kann.

Der Verband der Bäcker und Konditoren hatte seine Mitglieder am Sonntag zu einer außerordentlichen Versammlung nach dem Gewerkschaftshause einberufen, um Stellung zu nehmen gegen die Unterwühlung des Nachtbackverbots. Die Unternehmer versuchen in steigendem Maße nicht nur die Verordnung vom 23. 11. 18 zu durchbrechen, sondern jedes Mittel anzuwenden, um eine Aenderung dieser Verordnung herbeizuführen. Begünstigt wird dieses Bestreben durch die Freigabe eines Teiles von Mehl zur Herstellung von Kleingebäck. Dadurch setzt die Konkurrenz wieder ein. Der Kundenfang läßt die Geschäftsinhaber jede Rücksicht gegen Gesellen und Lehrlinge fallen. Herr J. C. D. Junge trug den Standpunkt der Brotfabrikanten über die Einführung der Vorarbeiten in den Brotfabriken vor. Er betonte hierbei ganz besonders, daß es doch im Interesse der Arbeitnehmer selbst liege, wenn die Betriebe wieder rationeller arbeiten könnten. Das sei heute in der Zeit von morgens 6 bis abends 10 Uhr nicht möglich. Es müßten mindestens von 10 Mann 2 Mann 2 Stunden ihrer 8stündigen Nachtruhe opfern und um 4 Uhr früh anfangen. An eine Wiedereinführung der Nachtarbeit dächten die Arbeitgeber dabei nicht im geringsten. Kollege Puls vertrat demgegenüber klipp und klar den Standpunkt der Arbeitnehmer, die nicht gewillt seien, sich die gesetzlich gewährten Rechte auch nur um ein Jota beschneiden zu lassen. Für die Arbeitnehmer sei es klar, daß die ganzen Machenschaften der Arbeitgeber nur aus der Konkurrenz entspringen und dem Profit dienen sollen zum Schaden der organisierten Bäckereiarbeiter. Die Arbeitgeber hätten genügend Gelegenheit gehabt, ihre Betriebe auf die Wiederkehr der freien Wirtschaft einzurichten. Sie hätten es aber nicht getan, weil sie immer noch nicht die Hoffnung auf die Wiedereinführung der Nachtarbeit aufgegeben haben. Würden ihnen jetzt die Vorarbeiten zugebilligt, so wäre es damit nicht abgetan. Reiche man jetzt den kleinen Finger, dann werde gleich nach der ganzen Hand gegriffen und dann ade Nachtruhe im Bäckergewerbe. Folgende Resolution wurde mit allen gegen 6 Stimmen angenommen: „Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung erklärt, daß die Ausführungen des Herrn Junge sie nicht davon überzeugt haben, daß es notwendig ist, den Brotfabriken die Vorarbeiten zu gestatten. Vielmehr erblickt die Versammlung in der Gestattung von Vorarbeiten

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

7. Fortsetzung.

Karl wurde nun auf mehere Wochen in die Kaserne gesteckt und gedieh zu einem hübschen und gewandten Soldaten, der, obgleich er verliebt war und nichts mehr von seinem Mädchen sah noch hörte, dennoch aufmerksam und munter seinem Dienst oblag, solange der Tag dauerte; und des Nachts ließen die Reden und Possen, welche die Schlafkameraden aufführten, keine Möglichkeit übrig, seinen Gedanken einsam nachzuhangen. Es war ein Dutzend Leute aus verschiedenen Bezirken, welche ihre heimischen Künste und Witze austauschten und verwerteten, lange nachdem die Löchter gelöscht waren und bis Mitternacht herankam. Aus der Stadt war außer Karl nur noch einer dabei, welchen er von Hörensagen kannte. Der war einige Jahre älter als er und hatte schon als Füsilier gedient. Seines Zeichens ein Buchbinder, arbeitete er seit geraumer Zeit keinen Strich mehr und lebte aus den in die Höhe geschraubten Mietzinsen alter Häuser, die er mit Geschick und ohne Kapital zu kaufen wußte. Manchamal verkaufte er eines wieder an einen Gimpel zu übertriebenem Preise, steckte, wenn der Käufer nicht halten konnte, den Neukauf und die bereits bezahlten Summen in die Tasche und nahm das Haus wieder an sich, indem er den Mietern abermals aufschlug. Auch hatte er's im Griff, durch leichte bauliche Veränderungen die Wohnungen um ein Kämmerlein oder kleines Stübchen zu vergrößern und abermals eine bedeutende Zinserhöhung eintreten zu lassen. Dieser Veränderungen waren durchaus nicht zweckmäßig und bequem erdacht, sondern ganz willkürlich und einfältig; ebenso kannte er alle Pfuscher unter den Handwerkern, welche die wohlfeilste und schlechteste Arbeit lieferten, mit denen er machen konnte, was er wollte. Wenn ihm gar nichts anderes mehr einfiel, so ließ er eines seiner alten Gebäude auswendig neu anweißen und erhöhte abermals die Miete. Dergestalt erfreute er sich einer hübschen jährlichen Einnahme, ohne eine Stunde wirklicher Arbeit. Seine Gänge und Verabredungen waren bald besorgt und ebenso lang, als vor seinen Machereien, stellte er sich vor den Bauwerken anderer Leute auf, spielte den Sachverständigen, redete in alles hinein und war im übrigen der dümmste Kerl auf der Welt. Daher galt er für einen klugen und wohlhabenden Mann, der es schon früh zu etwas brächte, und er ließ sich nichts abgehen. Er hielt sich nun zu gut für einen Infanteriesoldaten und hatte Offizier werden wollen. Da er aber dafür zu faul und unwissend, hatte man ihn nicht brauchen können, und nun war er durch hartnäckige Aufdringlichkeit zu den Scharfschützen gekommen.

Hier suchte er sich mit Gewalt im Ansehen zu erhalten, ohne sich anzustrengen, lediglich durch seinen Geldbeutel. Er lud die Unterinstruktoren und die Kameraden fortwährend zum Zechen ein und gedachte sich durch plumpe Freigebigkeit Nachsicht und Freiheit zu verschaffen. Doch erreichte er nichts, als daß er gehänselt wurde und allerdings eine Art Nachsicht genoß, indem man es bald aufgab, etwas Rechtes aus ihm zu machen, und ihn laufen ließ, solange er die andern nicht störte. Ein einziger Rekrut schloß sich ihm an und machte ihm den Bedienten, putzte ihm Waffen und Zeug und redete zu seinen Gunsten, und das war ein reicher Bauernsohn und junger Geizkragen, welcher stets furchtbare Freß- und Trinklust empfand, sobald er sie auf fremde Kosten befriedigen konnte. Der glaubte sich den Himmel zu verdienen, wenn er seine blanken Taler vollzählig wieder nach Hause tragen und doch sagen konnte, er habe lustig gelebt während des Dienstes und gezecht wie ein wahrer Scharfschütze; er war dabei lustig und guter Dinge und unterhielt seinen Gönner, der bei weitem nicht besaß, was er, mit seiner dünnen Fistelstimme, womit er hinter der Flasche allerlei ländliche Modelieder gar seltsam zu singen wußte: denn er war ein fröhlicher Geizhals. So lebten die beiden, Ruckstuhl, der junge Schnapphahn, und Spörri, der junge Bauernfilz, in herrlicher Freundschaft. Jener hatte immerdar Fleisch und Wein vor sich stehen und tat, was er mochte, und dieser verließ ihn so wenig als möglich, sang und pukte ihm die Stiefel und verschmähte sogar die kleinen Geldgeschenke nicht, die jener abließ.

Die andern trieben indessen ihren Spott mit ihnen und machten unter sich aus, daß Ruckstuhl in keiner Kompagnie sollte geduldet werden. Das galt jedoch für seinen Famulus nicht, denn der war wunderlicherweise ein guter Schütze, und im Heer ist jeder willkommen, der seine Sache versteht, mag er dabei ein Philister oder ein Wildfang sein.

Karl war der erste, wenn man sich über das Paar lustig machte; aber in einer Nacht verging ihm der Spaß, als der weinselige Ruckstuhl, nachdem schon alles still war im Zimmer, seinem Anhänger vorprahlte, was er für ein Herr sei und wie er in Bälde dazu eine reiche Frau zu nehmen gedächte, die Tochter des Zimmermeisters Frymann, die ihm nach allem, was er gemerkt, nicht entgehen könne.

Jetzt war Karls Ruhe dahin, und am nächsten Tage ging er, sobald er eine Stunde frei hatte, zu seinen Eltern, um zu horchen, was es gebe. Da er aber selbst nicht von der Sache beginnen wollte, so vernahm er nichts von Herminen, bis erst, als er wieder ging, die Mutter ihm einen Gruß von ihr ausrichtete.

„Wo habt Ihr sie denn gesehen?“ fragte er möglichst kaltblütig.

„Ei, sie kommt jetzt alle Tage mit der Magd auf den Markt und lernt einkaufen. Ich muß ihr dabei Anleitung geben, wenn wir uns treffen, und wir gehen dann auf dem ganzen Markt herum und haben viel zu lachen; denn sie ist immer lustig.“

„So?“ sagte der Vater, „darum bleibst du manchmal so lange weg? Und was treibst du da für Kuppelei? Schickt sich das für eine Mutter, so zu handeln und mit Personen herumzulaufen, die dem Sohne verboten sind, und ihre Grüße zu bestellen?“

„Was verbotene Personen? Kenne ich das gute Kind nicht von klein auf, habe es noch auf dem Arm getragen und soll nicht mit ihm umgehen? Und soll sie die Leute in unserm Hause nicht grüßen dürfen? Und soll das eine Mutter nicht besorgen? Und sollte eine Mutter ihre Kinder nicht verkuppeln dürfen? Mich dünkt, sie ist gerade die rechte Behörde dazu! Aber von dergleichen Dinge sprechen wir gar nicht, wir Frauensleute sind nicht halb so erpicht auf euch ungezogene Männer, und wenn ich der Hermine zu raten habe, so nimmt sie gar keinen!“

Karl hörte das Gespräch nicht mehr zu Ende, sondern ging seiner Wege; denn er hatte einen Gruß, und von einer verdächtigen Neuigkeit war nicht die Rede gewesen. Nur legte er den Finger an die Nase, warum Hermine wohl so lustig sei, da sie sonst nie viel gelacht habe? Er legte es endlich zu seinen Gunsten aus und nahm an, sie sei nur lustig, weil sie seine Mutter antreffe. So beschloß er, sich still zu halten, dem Mädchen etwas Gutes zuzutrauen und die Dinge geschehen zu lassen.

Einige Tage später kam Hermine mit dem Strickzeug zu Frau Hediger auf Besuch und es herrschte da eine große Freundlichkeit, Gespräch und Lachen, so daß Hediger, der einen feinen Bratenrock zuschnitt, in seiner Werkstatt fast gestört wurde und sich wunderte, was da für eine Gevatterin angekommen sei. Doch achtete er nicht lange darauf, bis er endlich hörte, daß seine Frau über einen Schrank ging und im blauen Kaffeegeschirr klapperte. Die Büchsenschmiedin kochte nämlich einen Kaffee, so gut sie ihn je gekocht; auch nahm sie eine tüchtige Handvoll Salbeiblätter, tauchte sie in einen Eierteig und buk sie in heißer Butter zu sogenannten Mäuschen, da die Stiele der Blätter wie Mäuseschwänze aussahen. Sie gingen prächtig auf, daß es eine getürmte Schüssel voll gab, deren Duft mit demjenigen des reinen Kaffees zum Meister emporstieg. Als er vollends hörte, wie sie Zucker zerklopfte, wurde er höchst ungeduldig, bis man ihn zum „Trinken“ rief; aber er wäre keinen Augenblick vorher gegangen, denn er gehörte zu den Festen und Aufrechten. Als er nun in die Stube trat, sah er seine Frau und die ziervolle verbotene Person in dicker Freundschaft hinter der Kanne sitzen, und zwar hinter der blaugeblümten, und außer den Mäuslein stand noch Butter da und die blaugeblümte Büchse voll Honig; ungefähr von der Farbe von Herminens Augen, und dazu war es Sonnabend, ein Tag, wo alle ehrbaren Bürgersfrauen fegen und scheuern, kehren und bohnen und reinen genießbaren Wissen kochen.

(Fortsetzung folgt.)

eine Gefahr für die Wiedereinführung der Nachtarbeit." Es wurde dann noch beschlossen, daß die eingesetzte Kontrollkommission jeden Fall der Ueberirtung des Gesetzes zur Anzeige bringen soll.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Lübeck. Carl Schuster, Obmann, Gewerbesstraße 36, III. Carl Teß, Kassierer, Teichstraße 8a. Monatsprogramm für Juli: 6. 7. Versammlung mit Lichtbildervortrag im Lehrerseminar. 9. u. 10. 7. Wdg. n. dem Pönitzer- und Taschensee. Abf. 7,21 Bhf. Strohquartier Schlutsdorf. Fhr. Schönig. 17. 7. Spielwdg. nach dem Wesloer Moor. Abm. 6 Uhr Moltkebrücke. Fhr. Schledt. 20. 7. Abendwanderung nach dem Treidelstieg. Abm. 8 Uhr Burgtorbrücke. Fhr. Mollenhauer. 24. 7. Wdg. nach Reinfeld. Abf. 7,47 Bhf. Fhr. Niemöller. 31.7. Dassow, Priwall. Abf. 5,47 Geibelplatz. Fhr. Mollenhauer. 3. 8. Abendwdg. in die Heide. Abmarsch 8 Uhr Moltkebrücke. Fhr. Mollehauer. 7. 8. Stiftlper Huk, Priwall. Abf. 5,47 Geibelplatz. Fhr. Hense. 2. 8. Führersitzung. Gruppe für Volkstänze und Spiele. Leiter: Paul Seifert, Heimstätten 49. Jeden Freitagabend Ueben der Reigentänze in der Turnhalle des Lehrer-Seminars, Langer Lohberg 20. Für Anfänger von 7,30 bis 8,30. Für Fortgeschrittene von 8,30 bis 9,45. Während der Ferien Treffen auf Buniamshof 8 bis 10 Uhr. Musikgruppe. Leiter: Karl Henze, Hansastraße 160. Jeden Donnerstag von 8—10 Uhr Ueben (Mandoline und Gitarre) im Abstinenz-Kaffee, Untertrave 100. Taubstummengruppe. Leiter: Franz Langfeldt, Fackenburger Allee 38, I. Sonnabends und Sonntags 8 Uhr Zusammenkunft bei Buthmann, Glockengießerstr. 1. 10. 7. Hohemeile. Abf. 8,27 Geibelplatz. 17. 7. Travemünde, Hafftrug. Abfahrt wird noch bekanntgegeben. 24. 7. Waldhusener Forst, Schwartau. Abfahrt 8,07 Geibelplatz. 31. 7. Streifwdg. Ratzeburger See. Abfahrt 8,00 Bahnhof. 7. 8. Eutiner See. Abf. 7,15 Bahnhof.

Von der Schiffahrt. Wir lesen in auswärtigen Parteiblättern: Die Bremer Dampfschiffahrtsgesellschaft Argo hat sich, dem Beispiel anderer Reedereien folgend, maßgebenden Einfluß auf eine Seeschiffswerft gesichert. Sie erwarb die Aktienmehrheit der Firma Brückenbau Flender A.-G. in Benrath. Diese Firma hat auch in Rendsburg-Audorfer See bedeutende Schwimmdockbauten ausgeführt. Es gehört ihr die in den letzten Jahren ziemlich modern ausgebaute Werft in Lübeck, die damit der Argo zur Verfügung steht. Die Argo hat schon früher bedeutenden Anteil an der Ostseeschiffahrt, den sie wahrscheinlich noch vergrößern wird. — Der Baltic und White Sea Konference gehören jetzt Reeder mit 1571 Dampfern und 8 256 091 Tons an. Davon sind 109 428 Tons deutsche, 844 746 Tons norwegische, 596 000 Tons holländische, 579 295 Tons schwedische, 774 154 Tons dänische, 390 064 Tons englische und 67 515 Tons spanische Schiffe. Die Beteiligung der deutschen Reeder hat sich vermindert.

Schweißverfahren beim Schiffbau. Einen geschweißten Schleppdampfer, bei dem die einzelnen Teile der Außenhaut nicht durch Nieten zusammengehalten werden, sondern elektrisch geschweißt sind, hat Göteborgs elektrische Schweißungs-Gesellschaft kürzlich fertig gestellt. Es ist dieses das zweite Fahrzeug dieser Art, welches auf der Welt gebaut wird.

Die Trinkgeldfrage in der Oeffentlichkeit. Das Trinkgeldunwesen ist durch das Vorgehen der Gesellschaft für Soziale Reform zu einer das gesamte Publikum angehenden Frage geworden. Alle Stände und Berufe sind gleich stark daran interessiert. Als das Gesetz den Steuerabzug von 10 % für alle Arbeitnehmer vorschrieb, ging ein Rauschen der Entrüstung durch ganz Deutschland. Wenn aber irgend ein Gastwirt seinen Gästen eine Steuer von 10 % in Form von Bedienungsgeld vorsetzt, so wird das mit Achselzucken hingenommen. Würde man es sich gefallen lassen, wenn die Warenhausbesitzer, um die Löhne für die Angestellten zu sparen, an der Kasse zu den Verkaufspreisen einen Aufschlag von 10 Proz. für die Bedienung des kaufenden Publikums erheben würden? Die Steuerlasten, die jedem Arbeiter und Angestellten heute auferlegt werden, sind, wie man immer wieder hört, für jeden einzelnen drückend. Aber trotzdem bezahlt das Publikum geduldig immer noch besondere Steuern in Form des Trinkgeldes in ziemlicher Höhe. Wer trägt nun eigentlich die Schuld an diesen Zuständen? Zum größten Teil das Publikum selbst. Wer Trinkgeld gibt, ist mindestens ebenso schuldig, wie derjenige, der Trinkgeld nimmt. Nur im Interesse des Publikums liegt es, den Kampf gegen das Trinkgeld zu führen. Eine Unsitte des Mittelalters wird auch durch die Tatsache jahrhundertelanger Ueberlieferung zu keiner sittlichen Einrichtung, und die Ungerechtigkeit des Vorenthaltens einer geregelten Entlohnung wird durch die Berufung auf ihr Alter noch lange keine Gerechtigkeit. Deshalb fort mit dem alten Zopf, fort mit dem Trinkgeld! Wenn die Trinkgeldgeber aussterben, werden gleichzeitig auch die Trinkgeldjäger mit beerdigt.

pb. **Ein junger Sünder.** Wegen Verbrechens gegen § 176 Abs. 3 des R.St.G.B. (unzüchtige Handlung an Kindern unter 14 Jahren) wurde ein in der Kottwitzstraße wohnhafter 15½-jähriger Schlosserlehrling festgenommen. — Festgenommen wurde eine im Ellerbrook wohnhafte Ehefrau wegen Verbrechens gegen § 218 des R.St.G.B. (Abtreibung der Leibesfrucht). Die Festgenommene ist wegen des gleichens Verbrechens wiederholt, u. a. mit Zuchthaus, vorbestraft.

pb. **Die verschwundene Ziege.** Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist eine zum Grasen auf dem Wall hinter der Mühlenbrücke festgemacht gewesene vierjährige weiße hornlose Milchziege.

pb. **Diebstähle.** In der Geverdestraße wurde eine silberne Damenuhr mit Golddoublekette und eine Armbanduhr mit einem passenden silbernen Armband gestohlen, und in der Marlistraße wurden 250 M in bar und eine silberne Damenschlüsseluhr mit langer eiserner Kette gestohlen. — Von einem Fuhrwerk in der Beckergrube ist ein Paket mit 10 Rollen Getreidebindegarn gestohlen worden. — In der Roeckstraße sind aus einem Gartenhäuschen Tischdecken gestohlen worden. — Von der Garderobe eines Restaurants in Travemünde wurde ein Herrenmarengopaletot, und ein Filzhut gestohlen. — Aus dem Kontor eines industriellen Unternehmens vor dem Holstentor ist eine Schreibmaschine Marke „New Century Calligraph" gestohlen worden. — Im Laufe des gestrigen Tages sind hier wieder vier Fahrräder gestohlen worden. Ein Fahrrad davon trägt die Marke „Egar" und ein anderes die Marke „Edelweiß". Da die gestohlenen Fahrräder mehr oder weniger gute Bereifung trugen, scheint es, als wenn es dem Diebe hauptsächlich darum zu tun ist, sich in den Besitz der wertvollen Bereifungen zu setzen, um diese mit Vorteil zu verkaufen.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 6. Juli, morgens 6 Uhr 16½°; mittags 12 Uhr 17° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Altona. Oberbürgermeisterwahl. In Altona findet demnächst Oberbürgermeisterwahl statt. Für dieses Amt war ursprünglich unser Genosse Südekum in Aussicht genommen. Nach Verhandlungen haben sich jedoch unsere Genossen dahin entschieden, für den bisherigen Oberbürgermeister Schnackenburg einzutreten, weil wir bereits die zweite Bürgermeisterstelle mit dem Genossen Brauer besetzt haben. Dagegen hat man aber unseren Genossen die Stelle eines besoldeten Senators eingeräumt und die Präsentationskommission hat beschlossen, als Kandidaten unseren Genossen Dr. Lampel-Hamburg auf den Wahlaufsatz zu bringen.

Altona. Streik der Schauspieler. Am hiesigen Stadttheater streiken die Schauspieler seit dem 9. April, weil Differenzen wegen Zahlung von Teuerungszulagen entstanden waren. Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hat daraufhin über das Theater die Sperre verhängt. Die Bühnenleitung hatte sofort nach Ausbruch des Streiks Klage beim Bühnenschiedsgericht gegen sämtliche Mitglieder angestrengt, über die vor dem Bühnenschiedsgericht in Berlin verhandelt worden ist. Das Urteil ging dahin, daß der Streik unberechtigt sei, und daß die Direktion die Mitglieder berechtigterweise fristlos entlassen habe, so daß die Mitglieder über den 9. April hinaus irgendwelche Ansprüche nicht mehr erheben dürfen. Es ist anzunehmen, daß die Angelegenheit auch noch das Oberschiedsgericht beschäftigen wird.

Kiel. Arbeitszeiteinschränkung auf der Reichswerft. Die Werft Kiel der Deutschen Werke läßt wegen Arbeitsmangel in den meisten Abteilungen nur noch 5 Tage in der Woche arbeiten. Es sollen dadurch größere Entlassungen vermieden werden. In den mechanischen Werkstätten für Waggon- und Triebwagenbau werden die Arbeiter noch voll beschäftigt. In den von der Einschränkung betroffenen Betrieben wird alle 14 Tage am Sonnabend, Sonntag und Montag nicht gearbeitet. An drei Tagen ruhen dann die einzelnen Betriebe.

Tondern. Sprengung der Luftschiffhalle. Eine der genialsten und kühnsten Bauten, die während des Krieges entstanden sind, die riesige Luftschiffhalle in Tondern, wird jetzt auf Anordnung der Entente dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Luftschiffhalle ist von riesigen Dimensionen, daß ihre geplante industrielle Verwertung für Dänemark nicht in Betracht kommen kann, denn schon ihre Instandhaltung erfordert sehr bedeutende Jahresausgaben. Der dänische Staat, dem sie zum Kauf von der Entente angeboten wurde, lehnte ihn aus diesen Gründen und wegen des hohen Preises ab, ebenso die industriellen Kreise Dänemarks. Es wurde angenommen, daß die Riesenhalle für winterliche Exerzitien dänischer Truppen reserviert bleiben würde, da das gesamte dänische Heer, wie man festgestellt hat, in der Halle Platz finden könnte. Ihr Schicksal ist jetzt besiegelt und gegenwärtig finden schon die ersten Sprengungen statt. Die Luftschiffhalle ist 242 Meter lang, 82 Meter breit und etwa 49 Meter hoch. Weit über 10 000 Quadratmeter Glas, starkes, wertvolles Kathedralglas, 22 000 Quadratmeter Dachpappe haben beim Bau der Halle Verwendung gefunden. Nach dem Abbau des gewaltigen, komplizierten Eisengerüstes müssen die starken Eisenbetonwände, die Jahrhunderte überdauert hätten, niedergelegt werden, was nur im Wege der Sprengung möglich ist, da man sich kaum die Mühe machen wird, die mächtigen Fundamentblöcke in der Erde zu brechen.

Husum. Ein Salvarsan-Schmuggel bedeutenden Umfanges wurde auf dem Wattenmeer zwischen Föhr und Hoyer von der Wasserpolizei verhindert. In Wyk hatte ein Unbekannter einem Schiffer eine Kiste übergeben mit dem Auftrage, sie gegen eine sofort zahlbare Entschädigung von 1000 Mk. nach Hoyerschleuse zu bringen, worauf der Schiffer auch nach einigem Bedenken einging. Auf dem Wattenmeer, kurz vor der Hoheitsgrenze, tauchte aber die Wasserpolizei auf, die beim Durchsuchen des Schiffes die Kiste fand, die, wie sich beim Oeffnen herausstellte, Salvarsan im Werte von vielen tausend Mark enthielt. Das Salvarsan sollte nach Dänemark geschmuggelt werden.

Sylt. Zur Militarisierung der Insel wird von der Marineleitung beschwichtigend mitgeteilt, daß es sich nur um eine jährliche, vorübergehende Uebung handle. „Auf dem nördlichen Teil der Insel Sylt befinden sich eine Reihe von Küstenbatterien der Reichsmarine, die als Verteidigungswerke dieser wichtigen Grenzinsel von Bedeutung sind. Um die Verteidigungsfähigkeit der Insel aufrecht zu erhalten, muß die Marineleitung Mannschaften an diesen Batterien ausbilden lassen. Es ist nicht geplant, Sylt zu diesem Zwecke vollständig mit Truppen zu belegen; es sollen rund 200 Mann vorübergehend für die notwendigste Ausbildungsdauer auf die Insel gelegt werden." — Daß in Sylt eine Reihe von Küstenbatterien der Reichsmarine als Verteidigungszweck von Bedeutung sind, ist angesichts des Nichtbestehens einer Reichsmarine und der Entwaffnungsvorschriften des Friedensvertrages sonderbar. Die militärischen Maßnahmen auf der Insel Sylt greifen trotz aller Berichtigungen in deren Charakter als Erholungsort tiefschneidend ein.

Lüneburg. Acht Bauernhöfe niedergebrannt. In Rosten bei Neuhaus an der Elbe, Kreis Bleckede, brach am Sonntag nachmittag im Wohnhaus des Kätners Bartel ein Feuer aus, das sich rasend schnell verbreitete. In kurzer Zeit war das ganze Gehöft, Wohnhaus, Scheune und Stallungen niedergebrannt. Das Feuer teilte sich auch den Nachbargrundstücken mit, sprang über die Straße und legte schließlich acht Bauernhöfe nieder. Das Vieh konnte zum allergrößten Teil gerettet werden, doch sind mehrere Tiere in den Flammen umgekommen. Von dem Hausrat konnte nur sehr wenig in Sicherheit gebracht werden.

14. Verbandstag der Maschinisten und Heizer.

kr. Karlsruhe, den 2. Juli 1921.

Die Generalversammlung tagte vom 27. Juni bis heute in Karlsruhe. Sie war von 60 Delegierten, 3 Vorstandsmitgliedern und zahlreichen Gästen, darunter Vertreter der badischen Regierung, besucht.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstattete Verbandsvorsitzende Klebe-Berlin. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten, und erläuterte die einzelnen Phasen im Verbandsleben noch näher. Die Hauptaufgabe des Verbandes sei es gewesen, die Interessen der Kollegenschaft möglichst gut zu wahren. Dazu sei es nötig gewesen, einen guten Verwaltungsapparat und eine starke Organisation zu schaffen. Die Stärke und Kraft der Gewerkschaften richte sich nicht nur nach der Mitgliederzahl, sondern auch nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Und diese sei bei dem Verband der Maschinisten und Heizer sehr groß. Bei manchen großen Kämpfen sei er das Zünglein an der Wage gewesen. Der Streit um die Arbeitsgemeinschaft habe sehr nachgelassen. Der Austritt aus derselben werde nur aus Unkenntnis der Dinge heraus und nur noch ganz selten verlangt. Die technische Nothilfe, die übrigens sehr kostspielig sei, sei zu bekämpfen. Der Verband müsse versuchen, sie in der Praxis überflüssig zu machen und dürfe grundsätzlich die Ausführung von Notstandsarbeiten nicht verwerfen.

In der Debatte wurde von mehreren Rednern der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft verlangt, da diese nur dazu dienen würde, die Profitwirtschaft der Unternehmer zu unterstützen. Der größte Teil der Delegierten war mit der Tätigkeit des Hauptvorstandes einverstanden. Der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter und die Verordnung des Reichspräsidenten über das Streikverbot spielten eine große Rolle in der Aussprache. Die Berliner Delegierten sagten, es seien ganz unwahre Behauptungen durch die Presse in die Welt hinausposaunt worden. Es habe sich um keinen wilden Streik gehandelt, erst nachdem alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft gewesen seien, habe man zu der schärfsten Waffe gegriffen. Dem gegenüber betonte Schlichting-Berlin vom Hauptvorstand, die Bewegung sei allerdings nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen eingeleitet, aber nicht zu Ende geführt worden. Die Streikleitung habe die Verbandsinstanzen ausgeschaltet. Es seien bei den Berliner Vorgängen politische Drahtzieher mit am Werke gewesen. Der Vertreter des A. D. G. B. Cohen-Berlin wies darauf hin, daß die Arbeitsgemeinschaften nur eine Fortsetzung der Tarifpolitik der Gewerkschaften seien. Man müsse die Arbeitsgemeinschaften zum Vorteil der Arbeiterschaft benützen, sie bedeuten aber keine prinzipielle Festlegung.

Bei der Abstimmung über die zum Geschäftsbericht gestellten Anträge fanden diejenigen, die Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft verlangen, nicht die Unterstützung des Verbandstages. Der Vorstand wurde beauftragt, dahin zu wirken, daß die 48stündige Arbeitswoche sichergestellt wird. Ferner wurde einstimmig beschlossen, Schritte einzuleiten, um das Ausnahmegesetz bezüglich der lebenswichtigen Betriebe zu Fall zu bringen.

In seinem Redaktionsbericht sagte Redakteur Schliens-Berlin, er habe es als seine Aufgabe betrachtet, den politischen Streit aus dem Verbandsorgan fernzuhalten und nach den Grundsätzen der deutschen Gewerkschaften das Blatt redigiert. Redakteur Kirchnick berichtete für die technische Beilage, die wertvolle Dienste in der Agitation geleistet habe.

In der Diskussion wurde allgemein eine bessere Ausgestaltung des Verbandsorganes verlangt. Vor allem sei das 8tägige Erscheinen dringend notwendig. Vermißt wurden Artikel über gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder. Der Verbandstag beschloß, die technische Beilage stärker zu gestalten; im Verbandsorgan sollten in Zukunft mehr fachwissenschaftliche Artikel gebracht werden.

Am dritten und vierten Verhandlungstag beschäftigte sich der Verbandstag sehr eingehend und lebhaft über die Frage „Berufsorganisation oder Industrieverband". Die Meinungen darüber waren sehr gereiht. Ein Teil der Redner war für Beibehaltung der Berufsorganisation, weil nur in diesem es möglich sei, die beruflichen Interessen zu fördern. Ein anderer Teil der Delegierten vertrat die Auffassung, daß durch Schaffung von Industrieverbänden die Machtposition der Arbeitnehmer gegenüber dem Kapitalismus bedeutet vergrößert werde. Einige kommunistische Redner machten Propaganda für eine große allgemeine Arbeiterunion, die aber von sämtlichen übrigen Rednern abgelehnt wurde, weil die Arbeiterunion die Arbeiterschaft zerreiße und so zu einem ohnmächtigen Gebilde werde. Allgemeine Einstimmigkeit herrschte in der Ablehnung der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband.

Der Verbandstag nahm zu dieser Frage einstimmig eine Entschließung an, in der ausgedrückt wird, daß der Verbandstag in den Bestrebungen einer schematischen organisatorischen Umgestaltung der Gewerkschaften keinen Fortschritt erblickt. Die Eigenarten der jetzt bestehenden Berufs- und Industrieverbände, speziell des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, seien beruflich so einschneidend, daß jede Schematisierung eine empfindliche Schädigung der Arbeits- und Lohnbedingungen jedes einzelnen Berufskollegen nach sich ziehen würde. Die Gestaltung der Gewerkschaftsbewegung könne nicht gewaltsam in andere Formen gezwungen werden. Die Generalversammlung fordert alle Funktionäre auf, jeder gewerkschaftlichen Zersplitterung der Berufskollegen energisch entgegenzutreten.

Am 5. Verhandlungstag hielt Sektionsleiter Behrend-Berlin ein großzügiges Referat über „Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft". Er begründete an Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials die Notwendigkeit der Sozialisierung dieses Zweiges unserer Wirtschaft. Die wirtschaftliche Not Deutschlands zwinge zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

In der Aussprache wurde gesagt, man müsse sozialisieren, ehe es zu spät sei. Mit der Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft müsse der erste Schritt gemacht werden. Die Meinung der Generalversammlung kommt in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck, in der sie grundsätzliche Aufrechterhaltung und Durchführung des Sozialisierungsgesetzes der Elektrizitätswirtschaft fordert. Verlangt wird auch die Beibehaltung des Beirates zur Bearbeitung der Grundlinien für die praktische Durchführung des Gesetzes. Die Generalversammlung fordert im weiteren, eine Gliederung der sozialisierten Elektrizitätswirtschaft in Bezirke. Das Reichs- sowie das Bezirksdirektorium sei auszustatten mit Dezernaten für Arbeiterinteressen, in denen Arbeitervertreter mitwirken. Die Regelung der Kraferzeugung und -Verteilung soll den Bezirkskörperschaften überlassen werden, die Reichszentralen sind lediglich auf finanzielle und überwachende Funktionen zu beschränken. Die Generalversammlung verpflichtet alle Funktionäre des Verbandes, dafür zu wirken, daß die Sozialisierung der Energieerzeugung und -Verteilung in diesem Sinne weitergeleitet wird.

Ueber die **Heizer- und Maschinistenschulen** und die **Neuregelung der Dampfkesselüberwachung** referierte Ruckstuhl-Berlin. Der Verbandstag nahm hierzu Entschließungen an, in denen der Verbandstag die Errichtung von Heizerschulen als einen Schritt zu einer einheitlichen, planmäßigen und besseren Ausbildung des Kesselpersonals betrachtet. Ferner wird im Interesse der Sicherheit der mit der Wartung der Dampfkessel beschäftigten Maschinisten und Heizer sowie der allgemeinen Sicherheit eine reichsgesetzliche Regelung der Dampfkesselüberwachung und die Schaffung einheitlicher staatlicher Aufsichts- und Revisionsbehörden gefordert.

Nach einem Bericht über den letzten Gewerkschaftskongreß wurden Anträge angenommen, die den Verbandsvorstand beauftragen, im A. D. G. B. dahin zu wirken, daß in allen ihm angeschlossenen Verbänden einheitliche Mitgliedsbücher, einheitliche Beiträge und einheitliche Unterstützungssätze eingeführt werden. Als Grundlage für die Beitragsleistung soll ein Stundenlohn gelten. Die Erwerbslosenunterstützung in den einzelnen freigewerkschaftlichen Organisationen sollen abgebaut und die staatlichen Unterstützungen unter Mitwirkung der Gewerkschaften weiter ausgebaut werden. Anträge auf Entsendung einer Delegation nach Moskau fanden nicht die Unterstützung des Verbandstages.

Im Anschluß hieran wurden die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongreß gewählt.

Nach einer eingehenden Statutenberatung wurde ein neues Statut, das den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt ist, in der von der Statutenberatungskommission vorgeschlagenen Fassung angenommen. Die bereits am 1. April ds. Js. in Kraft getretene Beitragserhöhung und die Erhöhung der einzelnen Unterstützungssätze sanktionierte der Verbandstag.

Bei der Vorstandswahl wurden die beiden Vorsitzenden Klebe und Schlichting und der Kassierer Insel einstimmig wiedergewählt. Redakteur Kirchnick, der Gründer des Verbandes, wurde durch einstimmigen Beschluß beauftragt, die Geschichte des Verbandes zu schreiben. Die Generalversammlung sprach ihm den herzlichsten Dank des Gesamtverbandes für sein verdienstvolles Wirken im Interesse der Kollegenschaft aus. Die beiden Redakteurposten sollen ausgeschrieben werden.

Bei dem Abschied der ausländischen Delegierten gaben diese der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine Internationale der Maschinisten und Heizer unter der Führung Deutschlands gegründet werde. Verbandsvorsitzender Klebe sagte tatkräftige Förderung dieses Gedankens zu.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der nächste findet in zwei Jahren in Breslau statt.

Aus aller Welt.

Ein 17jähriger Muttermörder verurteilt. Ein mit großer Roheit ausgeführter Mord, der in Königsberg im März größeres Aufsehen erregt hatte, fand vor dem Schwurgericht seine Sühne. Der 17jährige Sohn Karl Janson hatte seine hochschwangere Mutter mit Hilfe von zwei Freunden durch Erwürgen und Erschlagen in grausamer Weise ermordet. Die beiden Mittäter wurden zum Tode verurteilt, während der Muttermörder im Hinblick auf § 57 des Strafgesetzes die für Jugendliche höchstzulässige Strafe von 15 Jahren Gefängnis erhielt.

Beim Edelweißsuchen abgestürzt. Ein Bergunglück ereignete sich auf dem bekannten Kletterberg Höfats. Der 26jährige Werkmeister Wolf lehnte sich beim Edelweißsuchen an einen Felsblock, der plötzlich nachgab. Wolf stürzte 400 Meter tief ab und wurde später tot aufgefunden.

Wieder ein Zeppelinluftschiff vernichtet. Es hat sich in letzter Zeit mehrfach ereignet, daß Zeppelinluftschiffe, die laut Versailler Vertrag an die Entente ausgeliefert werden mußten, im Ausland Havarie erlitten. Jetzt kommt wieder eine Unfallmeldung: „Evening Standard" berichtet, in der vorigen Woche sei das englische Luftschiff R 36 auf einem Fluge leicht beschädigt und in den Flughafen von Pulham zurückgebracht worden. Das Zeppelinluftschiff L 64 wurde aus seiner Halle gebracht, um Platz für das Luftschiff zu machen, die Bedienungsmannschaft vermochte jedoch nicht, den Zeppelin zu halten, und dieser wurde vernichtet.

Ein deutscher Mörder in Marseille verhaftet. Bei Ankunft des Dampfers „Amoriciers" in Marseille hat die Polizei den deutschen Staatsangehörigen Franz Schieben vom 2. Regiment der Fremdenlegion als Urheber eines Mordes an einer Rentnerin in Mainz verhaftet. Er wird den Behörden des besetzten Gebietes zur Verfügung gestellt werden.

Großfeuer in Schottland. Nach einer Havas-Meldung wurde durch einen Brand im kaufmännischen Zentrum von Glasgow ein großer Häuserblock zerstört. Zwei Feuerwehrleute wurden getötet. Der Schaden wird auf 250 000 Pfund Sterling geschätzt.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels. In Genf wurde die internationale Konferenz gegen den Mädchen- und Kinderhandel mit einer Rede des Präsidenten Leve eröffnet. Außer dem Präsidenten ergriff die Generalsekretärin des internationalen Bureaus, Miß Anny Baker, das Wort und gab eine Darstellung der bisher geleisteten Arbeit. Die Konferenz nahm Kenntnis vom Beitritt Uruguays und Bulgariens zu den Abkommen, die 1904 und 1910 von den Regierungen zur Bekämpfung des Mädchen- und Kinderhandels getroffen wurden.

Waldbrände in Frankreich. Die außerordentliche Trockenheit, von der Frankreich heimgesucht ist, hat schwere Waldbrände zur Folge gehabt, die großen Schaden brachten. Die Niederschlagsmengen betragen in Frankreich dieses Jahr nur zwei Fünftel der normalen. Die geringsten Regenmengen, die früher für den Juni festgestellt wurden, sind noch neunmal größer als die im Juni dieses Jahres. Eine Strecke von 80 Hektar brannte im Wald von Fontainebleau vollkommen nieder, und man konnte des Brandes nur Herr werden, indem die Soldaten zur Hilfeleistung abkommandiert wurden.

Schweres Automobilunglück im Allgäu. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in Stefanrettenberg im Allgäu. Der Uhrengroßhändler Ruttmann aus Kempten holte mit dem Automobil drei Jagdfreunde ab. Auf der nächtlichen Heimfahrt verlor er die Herrschaft über sein Automobil, stürzte einen Abhang hinab, so daß das Automobil völlig zertrümmert wurde. Ruttmann starb sofort, während seine Begleiter schwer verletzt wurden.

Unerwartete Folgen des amerikanischen Antialkoholgesetzes. Aus Newyork wird gemeldet: Auf der Jahresversammlung der vereinigten ärztlichen Gesellschaften Amerikas erklärte der Vorsitzende Dr. Wallace Frey, das Prohibitionsgesetz lehre die heimliche Trunksucht, verursache Spielwut und Unmoral im häuslichen Kreise und sei schuld daran, daß das Heer der Morphium- und Kokainsüchtigen immer mehr zunehme. Infolgedessen würden die Irrenhäuser immer voller und gäbe es Scharen von Blinden, die das Opfer selbstgebrauter Tränke seien.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 14. Heft vom 2. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Preußen-Probleme. Von Karl Severing. I. — Die Stellung der Technik in der Marxschen Wirtschaftsauffassung. Von Heinrich Cunow. — Zur gegenwärtigen Staatsauffassung des Sozialismus. Von Dr. Siegfried Marck, Privatdozent (Breslau). — Die Einwanderung der Ostjuden. Von Theodor Müller (Breslau). II. (Schluß.) — Zeitgehalt und Dichtung. Von Joseph Kliche. — Literarische Rundschau: Eugen Oberhummer, Imperialismus. Von H. Fehlinger. — Notizen: England und Irland. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 19,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. Probenummer stehen jederzeit zur Verfügung.

Geschäftliches.

Die Inhaber der Firma Neuer Bierverlag Busch & Co., A. Busch und Mohrmann, Mengstr. 30 (neben dem Schabbelhause), feiern am 8. Juli den Tag, an welchem sie vor 25 Jahren das erste Bier in den beliebten von den Herren Heinrich und Dr. Bernhard Dräger erfundenen Bierfaß-Automaten zu 5 und 10 Liter Inhalt verkauften. Beide Inhaber sind vom Juli 1896 bis Oktober 1914 in einem anderen Biergeschäft tätig gewesen und haben trotz der Kriegszeit durch Unterstützung vieler alter und neuer Abnehmer das Geschäft auf die jetzige Höhe gebracht. Außer dem Automatenbier führt die Firma den bekannten Porter in Flaschen, aus der Brauerei Christian Rose, Grabow i. M.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten", Johannisstr 46**

Deutscher Metallarbeiter-Verbd.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Ortsgr. Kücknitz.

Am Sonntag verstarb unser lieber Kollege der Schlosser

Johannes Harder.

Ehre seinem Andenken.

Beerdig., Donnerstag, den 7. Juli, nachmittags 3¼ Uhr, vom Trauerhause, Kolonie Nr. 3. Die Kollegen versammeln sich um 3 Uhr vor dem Trauerhause. (3761

Die Distriktsleitung.

Nach langem schweren Leiden entschlief heute sanft unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin (3771

Franziska

im 24. Lebensjahre.

In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen

Emil Raudis
u. Frau Alma
geb. Resing.

Lübeck, 5. Juli 1921.
Gr. Altefähre 9.

Nach kurzer schwerer Krankheit verschied unser lieber Vater, Schwiegervater u. Großvater

J. Danielson

im vollendeten 77. Lebensjahre.

Tief betrauert von den Angehörigen.

Im Namen der Hinterbliebenen (3736

F. Borgert
u. Frau geb. Danielson.

Beerdig. Donnerstag, 7. Juli, nachm. 3¾ Uhr a. d. Vorwerk. Friedhof.

Hiermit sage ich allen Verwandten, Freunden u. Bekannten, sowie dem Vorstand und den Kollegen des Lübecker Konsumvereins, der Sozialdemokr. Partei, dem Transportarbeiter-Verband für die bewiesene Teilnahme, insbesondere Herrn Pastor Arndt für die trostreichen Worte am Grabe meines innigstgeliebten Mannes meinen tiefempfundenen Dank.

In unsagbarem Schmerz

Frau Dora Riepenau

3770) geb. **Martens.**

Gebr. Hirschfeld

Breite Straße 39—41

Modehaus für Damen- u. Kinderkonfektion

Großer Saison-Ausverkauf

Gewaltige Preisermäßigungen in allen Abteilungen unserer Läger

3762

Sommer- und Winter-Mäntel	65.00	95.00	125.00
Staub- und Reise-Mäntel	145.00	195.00	210.00
Seidene Reise-Mäntel	290.00	335.00	395.00
Jacken-Kostüme	165.00	195.00	250.00
Wasch-Kleider	39.00	59.00	62.00
Woll-Kleider	95.00	125.00	185.00
Wasch-Blusen	8.50	19.50	26.50
Seiden-Blusen	65.00	78.00	85.00
Kostüm-Röcke	19.50	29.50	39.50

Wollene **Strick-Jacken** von 145.00 M. an

Elegante Konfektion und vorjährige Winter-Mäntel sind ohne Rücksicht auf den Wert bis zu **75 %** herabgesetzt

(3787

Siertatin-Schrot
bestes Mastfutter für Schweine
Sierks Ferkelschrot
sehr zu empfehlen
liefern in altbekannter Qualität
H. H. Sierk & Sohn
Mühlenwerke Harburg a. d. Elbe.
Niederlage:
A. Steen, Stockelsdorf b. Lübeck.
(3751

Fachkursus
in
Herren- und Damenschneiderei
für fortgeschrittene Schneider und Schneiderinnen.

Im Auftrage der Gewerbekammer zu Lübeck beginnt die (3719
Zuschneideschule Heinrich Maurer
Berlin, Alexanderplatz,
in obigen Fächern je einen
Schnittzeichnen- und Zuschneidekursus.
Die Aufnahme von Teilnehmern erfolgt im Unterrichtslokal:
Turnerschaftshaus, An der Mauer 55a,
am Sonnabend, dem 9. Juli, nachm. 4—7 Uhr, Sonntag, d. 10. Juli, vorm. 10—12½ Uhr.

Staunen erregt unser großer
Saison-Ausverkauf.

Damenkostüme	95.—
Damenmäntel	78.—
Kostümröcke	29.—
Herrenanzüge	195.— 250.—
Herrenpaletots	295.—
Menschesterhosen	125.—
Buckskinhosen	48.—
Knabenanzüge	78.—
Damenstiefel	95.—
Herrenstiefel	95.—

Kinderstiefel, billig.
Reste-Abschnitte sehr billig.
Die Preise in den 5 Schaufenstern sind maßgebend.
3767
Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2-4.
Benutzen Sie die Vormittagsstunden mit.
Alle regulären Waren mit 10 % Rabatt vom 4.—17. Juli.

Saison-Ausverkauf!
Beginn: Donnerstag, 7. Juli.
Denkbar größte Preisermäßigung.
Bitte Fenster zu beachten. (3747
Hermann Libnau,
Schwartauer Allee 53—55.

Grudeherde
mit Wellsieb
Adolf Borgfeldt,
Lübeck. (3742

Pa. Ledersohlen
aus Treibriemen-Abfällen empfiehlt billigst
F. Brons,
Lachswehr-Allee 5a, I.
Fernsprecher 466. (3740

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung u. Schäftefabrik. 3739

Hansa-Theater
Heute (3765
8 Uhr. Mittwoch: 8 Uhr.
Zum vorletzten Male.
Die Scheidungsreise.
Donnerstag:
Zum letzten Male:
Mascottchen.
Sonnabend, d. 9. Juli:
Erstaufführung.
Der Traum vom Glück.
Operette in 3 Akten von Martin Knopf.

Haushaltungslumpen per Pfd. 35 Pfg.
Knochen (3764 per Pfd. 20 Pfg.
Zeitungen u. Bücher per Pfd. 35 Pfg.
Altes Eisen, sämtliche Metalle höchste Tagespreise.
Ankaufsstelle nur **R. Lissauer,** 26 Dankwartsgrube 26.

Maurergesellen stellen ein
H. Wandke & Sohn
Geibelplatz 21. (3754

Einfaches Mädchen, 24 J. alt, sucht Stellung als Haushälterin, wo sie ihr 3jähriges Kind mitbringen kann. Auch Heirat nicht ausgeschlossen. Ang. u. **K D A** an die Geschäftsstelle d. Bl. (3759

Einige Tage verreist.
3772) **Dr. Oehmke.**

Erprobtes und anerkannt gutes (3748
Schweinemastfutter
mit Analyse-Garantie.
Prima Mais,
heil, gebrochen, geschrotet.
Hühnerfutter.
Lohnschroterei bei sofortiger Ausführung zu jeder Tageszeit.
Dampfmühle Carl Moll.
Wandsbeder 12—14. T. 324.

Gef. H.-Jacket a. Schellbruch 3756) Abzuh. Torneiweg 2 l.

Zwei-Stubenwohnung zu vertauschen. Ang. u. 100 a. d. Exp. d. Bl. (3757

Einf. möbl. Zimm. z. miet. ges. Angeb. u. **R T.** (3760

Kleider-Blusen, Decken w. gestickt. Geibelplatz 15, p. (3745

Tüchtige Laufburschen
fürs Kontor im Alter von 14—15 Jahren zu sofort gesucht. Meldungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf. (3750
Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft.

2 Damen-Fahrräder o. Bereifung, ev. ohne Freilauf gesucht. Ang. u. **F 2** a. d. Exp. d. Bl. (3752

Zu verk. Marine-Ueberz. 3769) Wakenitzstr. 38/47.

Herr.-Fahr. bill. z. verk. 3768) Dornestraße 17 a.

Ital. Mandoline z. verk. 3749) Johannisstr. 47, p.

Puppenwagen zu verk. 3755) Wahmstr. 48 II.

Kinderl. Ehepaar w. 1 Kind f. eig. annehm. h einm. Nutz. Ang. u. **L N** a. d. Exp. (3746

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: H. Haller jr. u. L. Capell, Markt 3, Kohlmarkt 12.

Neue Volksbühne, 44 Beckergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7½ Uhr.

Restaurant „Holstenkrug". Hugo Boysen, Holstenstr. 37. Telephon 8184.

Restaur. zur Markthalle. Küche, Biere, Weine. Paul Richter, Mengstr. 6. Tel. 232

Café Bernhardt, Fackenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Untertrave 100. Fernruf 3268. Spez.: Tägl. frisch. Backw. u. ff. Bohnenkaffee. V. Radike.

Bodega-Weinstub. H. Giesenberg, Fleischhstr. 14. Tel. 8986. Gute gepflegte Weine, Liköre und Küche.

Reichels Kulmbacher Bierhaus. Inh.: O. Schneider, Fleischhstr. 16. Tel. 497. Gut gepfl. Biere, Weine u. Küche

Restaurant u. Café, Königstr. 41, Zum Deutsch. Kaiser. Garten u. Veranden, gute Küche. Pilf. Urquell.

Fritz Derlien, Hüxstraße 107, Samen- und Futterhandlung.

Großbude, Chr. Schulz. Tel. 3458, Königstr. 93.

Weine u. Spirituosen Joh. Fischer, Große Burgstraße 17.

Hielschers Restaurant Gr. Burgstr. 57. Altbekannte Frühstücksstube. Bürgerl. Mittagstisch von 12—2 Uhr, solide Preise.

Freitags Bierstube, Königstraße 112. Guter Mittagstisch.

H. Schulk, Bierhalle Beckergrube 17.

Lebensmittel, Obst.

Fr. Klempau, Königstraße 22. Obst. — Südfrüchte.

E. Christoffersen, Holstenstraße 42. Fernsprecher 2345. Schokoladen, Konfitüren, Kaffee, Tee, Konserven und Marmeladen.

Fischhandlung H. P. Unger Holstenstraße 21. Fernsprecher 8603. Täglich Eingang von frischen Fischen.

Gustav Magaard, Johannisstr. 13 Beste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

H. Bülck, Kaffee-, Tee-, Kakao-Handlung, jetzt Mengstr. 24. Fernspr. 149. Geschäftszeit 9-1 u. 3-5.

Rostocker Butterhandlung Inh. Robert u. Dora Gündel. Beckergrube 9, Tel. 2064.

Karl Wunderlich, Fünfhausen 16 Obst, Gemüse, Südfrüchte und Lebensmittel.

Ernst Voss, Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarr., Rauch- u. Kautabake. Große Burgstraße 59 Fernruf 410. Geschäftsprinzip: Gute Ware, solide Preise.

Walter Steinhagen, Delikat.- u. Feltwar.-Hdlg. Spez. Butter, Marg., Eier. Beckergrube 7.

C. Mull, Inh. W. Beckmann, Delik., Konserven, Käse. Beckergrube 33. Telephon 1618.

F. Borbeck, Fleischhauerstr. 110 Schokoladen-, Marzipan- und Zuckerwaren-Fabrik. Tel. 448. Gegr. 1873.

H. Warncke, Obst- u. Südfrüchte. Spezialhaus Königstr. 64. Fernspr. 2011.

Fischhandlung, J. Blöß Tel. 30. Fleischhauerstr. 15

C. Helm, Mühlenstr. 73 Telep. 2428. Kartoffeln. — Getreide.

L. Koeppen, Kaffeeröst. Kolonialw. Königstr. 75. Tel. 8915

D. Trepton, Kolon., Delik. Gem., Konf. Fleischhauerstr. 11. T. 2867

Schäfer, Schwartauer Allee 34 * Papierwaren, Schulartikel * Bijouterien, Bilder * Konfitüren, Kakes * Spezialität: Reichard-Schokolade * Hefe.

A. Marek, Älteste Lüb. Konditorei und Marzipanfabrik.

Konfektion, Putz, Schuhe usw.

Paul Rosenkranz, vorm. Katharina Kusch, Putz- u. Modewaren, Telephon 8327, Sandstr. 2-4. Stets letzte Neuheiten zu billigsten Preisen.

Johannes Holst, Markt 6 Kohlmarkt 6. Herren-, Knaben-, Arbeiter-Garderoben und Schuhwaren, Manufaktur- und Aussteuer-Artikel zu billigsten Tagespreisen.

Johanna Marcks-Ahrendt, Mühlenstraße 5. Fernsprecher 2680. **Damenhüte,** größte Auswahl.

L. Graff, Holstenstraße 20. Spezialgeschäft für Herrenmoden, Wäsche, Hüte und Mützen. 5716

Gustav Nagewitz, Transport * Lagerung * Möbeltransporte * Kontor und Lager: Schwartauer Allee 69 a * Fernsprecher 9044 * Spedition

Aug. Trost & Sohn, Holstenstraße 24. Spezialhaus für Hüte und Mützen.

H. Hornbogen, Königstr. 71. Tel. 1010. Strumpffabrik, Spezialgeschäft feiner Trikotagen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannisstraße 11. Unterzeuge, Strumpfwaren, Knaben-Anzüge rc.

Alma Busse, Wahmstraße 18. * Damen- und Kinderhüte in großer Auswahl. Umpressen und modernisieren schnellstens.

Ferd. Kauffeld, Obere Wahmstr. 11. Pelzwaren, Hüte, Mützen. Umpreßanstalt f. Herrenhüte.

Eisleben, Braunstraße 30 32. Putzwaren. Groß- und Kleinhandlung.

M. Langset, Klingenb. 3/4, I., Haus Koeppke, neb. St. Hambg., Eigengesch. Gr. Ausw. i. garn. Hüt. Umarb. u. pressen alt. Hüte a. neueste Form.

D. Wagner, Holstenstr. 6. Damen- und Kinderhüte. Größte Auswahl. — Billigste Preise.

W. Kamm, Johannisstr. 16 Korsetts jeder Art.

Herrengarderobe fertigt preiswert W. Trettau, Königstraße 4—6, II.

Krawatten
Oberhemden
Herren-Hüte
Kamerhuis
Ob. Wahmstr. 17.
Herrenartikel.

Fritz Heine, Zigarren. — Import. — Versand. Beckergrube 36. Fernruf 8472. Filiale: Schwönekenquerstr. 24. Empfehle mein reichhaltiges Lager feinster Qualitäts-Zigarren und Zigaretten, Tabake jeder Art, Hamburger, Bremer und Bünder Fabrikate, sowie Zigaretten in größter Auswahl. In- und ausländische Fabrikate zu äußerst niedrigen Preisen.

Herrenstiefel	von 140.—	Mk. an
Damenstiefel	„ 140.—	„ „
Damen-Spangenschuhe	„ 68.—	„ „
Damen-Schnürschuhe	„ 65.—	„ „
Damenstiefel (Hochschaft)	„ 210.—	„ „
Herrenstiefel (braun)	„ 300.—	„ „

Große Auswahl in Kinderschuhen.
* Vorschriftsmäßige Turnschuhe. *

Eugen Meinen .. 5 Klingenberg 5

Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kähler, Fischergrube 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken C. Frese Gegründet 1860 * Bremen * Gegründet 1860 Filiale **Lübeck, Holstenstr. 13/15,** Fernspr. 8937 Vorteilhafte Bezugsquelle feinster Bremer Qualitäts-Zigarren.

Raucht Dreessen's Tabak u. Zigarren Holstenstraße 6 Holstenstraße 6

Heinrich Möller, Holstenstr. 42 Untertrave 114-115. Gegründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

F. Kloetzen, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telephon 1193. Königstraße 65/67.

Georg Topp, Marlesgrube 24, Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

Carl Fossers, Marlesgrube 25. Möbelhandlung. Vorteilhafte Einkaufsquelle ganzer Wohnungseinrichtungen sowie Einzelmöbel.

M. Krause Ww. Blumenbinderei, Beckergrube 8.

Wilh. Oldenburg, Korbw. u. Korbf. Hüxstr. 90

Blumengeschäft Sager Inh.: J. Wüst, Königstraße 90. Tel. 1208. Blumen- und Kranzspenden. Spezialität: Brautsträuße.

Rudolf Gaspary, Holstenstraße 20 Fernruf 8287. Blumen und Pflanzen, Kränze in allen Ausführungen.

Allgemeines.

Piehl & Fehling Kohlenabteilung, Mühlenstraße 48 Anthrazitkohlen * Briketts * Holz * Torf *

Niebuhr & Binge, Beckergrube 48 Fernspr. 2817 Elektromotoren u. Apparatebau, Ankerwickelei. Fabrikation elektrischer Materialien. Ständiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Fedderson & Wulff, Königstr. 62 Herrenschneiderei-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Artikel.

Hermann Dobberstein, Hüxstr. 47, Fernspr. 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. — Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannisstraße 21. Fernruf 686. Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Ankauf, Verkauf, Verleihung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungskörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königstraße 66, Julius Vogt. Oelfarben.

Martin Jürgens, Hüxstraße 78. Solinger Stahlwaren u. eig. Schleif. m. elektr. Betrieb. Tägl. Schleifen.

C. F. Alm, Holstenstr. 12, Braunstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod., geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft **Ritz,** Fernr. 3383, Ob. Wahmstr. 1

Ludwig Schlüter, Luxusfuhrwesen, Hochzeits- und Trauerwagen. Telephon 72. Beckergrube 24.

J. Nowacki, Fischergrube 45. Mechanische Schuhreparaturwerkstatt.

Carl Hans Kühl, Mühlenstr. 42. Telephon 2988. Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut Heinr. Kruse, Mechaniker, Fischergrube 33. Solide Preise.

Fr. Grüschow, Johannisstraße 63. Fernruf 8382. Piano- und Möbeltransport. Uebernahme ganzer Umzüge am Platze und nach auswärts. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Hartz, Johannisstraße 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Ankerwickelei.

Wilh. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempnerei und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Neu bekommen Sie Ihren alten Hut in der Hutpresserei **Hüxstr. 49.**

Tapezier.-Liefer.- u. Rohstoff-Genossenschaft e. G. m. b. H. Schüsselbuden 4. Fernsprecher 8281. Rohstoffe, Tapeten, Möbelstoffe, Gardinen.

Schuhmacher-Rohstoff-Verein G. m. b. H. Johannisstr. 31. Oberleder, Unterleder, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nichtmitglieder.

Löwen-Apotheke und Homöopatische Zentral-Apotheke, Johannisstr. 13, Fernruf 621. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

Max Pauls, Inhaber: Erich Schauer, Königstraße 45. * Haus- und Küchengeräte.

L. Harms & Co., Inh.: H. Eckholdt, Königstr. 49. Tel. 207. Spezialgeschäft für Beleuchtungsartikel aller Art.

Tapeten, Läuferstoffe, Wachstuche Carl Benicke, Königstraße 48b.

Die führende Firma der Branche: Färberei Lehfeldt, Johannisstr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an	Hamburg ab	Lübeck an
6⁰⁰	7⁴⁰	5³⁰	7⁰⁵
7⁴⁰ W	8⁵⁰	2.—4. Kl.	
7⁴⁷	9²¹	7⁰⁵	8⁵¹
2.—4. Kl.		2.—4. Kl.	
9⁴⁰	11⁰⁸	8²⁰	7²¹
11⁰⁵	12³⁰	8⁴⁰ D	9⁵⁷
2.—4. Kl.		10¹⁷	11⁵⁴
12⁴⁶	2⁵⁸	2.—4. Kl.	
2²⁴	3⁴⁵	12²³	1⁵⁶
3⁴⁴	5⁰²	3⁰⁵ W	4¹²
2.—4. Kl.		3³⁰	5¹⁰
4¹⁷	5³⁹	2.—4. Kl.	
2.—4. Kl.		5¹⁵	6¹⁰
7¹⁶	8²¹	5⁴⁰	7¹⁶
7²²	9⁰⁰	7²²	9⁰⁰
8¹⁶ D	9¹⁴	2.—4. Kl.	
8⁵⁸ S	10¹⁵	9⁰⁰	10⁵⁶
9²⁰	11⁰²	11⁴⁰	1⁰³
2.—4. Kl.			

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Büchen ab	Lübeck an
8⁰⁰	9¹³	6³⁴	7⁴³
1³⁰	2⁴⁷	11⁴⁵	1⁰⁰
4¹⁸*	9¹⁵	8⁴⁵*	1²⁹
5³⁰	6⁵²	3²⁷	4⁴²
9¹²	10³⁴	7²²	8⁴⁰

* D-Berlin-Kiel und zurück.

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Eutin ab	Lübeck an
7¹⁵	8¹²	6¹⁵	7²²
9⁴⁷*	10⁴⁵	8²⁸	9¹⁸
12¹³	1⁰⁹	12²⁴*	1²¹
1⁴² D	2²⁵	2⁵⁸	3⁵⁵
2⁰⁰	2⁵⁶	3²⁵ D	4¹²
7²¹	8²⁰	7²⁸ S	8³⁴
		7⁴⁶	8⁵⁹

* Nur bis auf weiteres.

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Niendorf an
5²² W	6⁰¹	—	6²²
8¹⁵	9⁰⁰	—	—
9⁴¹	10⁰⁸	10¹³	10³⁸
1³⁵*	2⁰²	2⁰⁷	2²⁹
2⁰⁷	2⁴⁷	2⁵²	3¹⁷
4¹⁸	4⁴⁵	4⁴⁵	5¹²
6²²	7⁰¹	7⁰⁶	7³¹
9¹⁵	9²⁵	10⁰⁰	—

Niendorf ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6³⁰ W	6⁵⁰	6⁵⁵	7⁵¹
11⁰⁰	11²⁵	11³⁰	12¹⁰
1²⁰	1⁴⁰	1⁴⁵	2¹⁷
2⁴⁴*	3⁰⁷	3¹²	3⁵²
3⁴⁸**	4⁰⁸	4¹³	4⁵⁵
5⁵⁵	6¹⁸	6²³	7⁰⁴
—	7³⁰*	7³⁵	8⁰⁵
7⁵⁵	8¹⁷	8²²	8⁵⁰
—	10¹⁵	10²⁰	11⁰²

* Nur im Juli und August.
** Travemünde Strand bis Lübeck nur Juni und Sept.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Kleinen ab	Lübeck an
7¹⁵	8⁵⁸	5⁵⁰	7²⁵
9²⁶ D	10²⁸	9⁰²	10⁵⁷
9⁴² D	10⁴¹	1⁵⁴	3³⁶
12⁰²	1⁴⁴	— D	7¹⁰
5¹⁹	7⁰³	7⁰⁹ D	8⁰⁸
9¹²	10⁵¹	7²⁵	9⁰⁵

Segeberg

Lübeck ab	Segeberg an	Segeberg ab	Lübeck an
8⁰⁵ W	10⁰²	5⁴⁵ W	7⁰⁸
10³⁰ S	11⁵⁸	7⁵⁵ S	9²⁰
2¹⁰ W	3³⁵	10³² W	11⁵⁵
7³⁰ W	8⁵⁵	4¹⁵ W	6¹⁵
9²⁰ S	10⁴²	7³⁰ S	8⁵⁵

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.

Joh. Tollgreve, Goldschmiedemeister, **Königstr. 92.** Silberne u. versilberte Bestecke — Trauringe — Reparaturen. Moderne Schmucksachen.

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube — Abteilung Mühlenstraße 62
Fernspr. Nr. 8330—8333. Fernspr. Nr. 8720—8723.
Koks ▫ Kohlen ▫ Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

Adolf Röhrich, Zigarren, Zigaretten, Tabak. T. 274. Holstenstr. 2, E. Schüsselbd.

J. van de Berg, Zigarren-Spezialhaus Fleischhauerstr. 88.

Zigarren-Kiecke Königstr. 64, Ecke Hüxstr.

H. Kughase, Untertrave 62 Zigarr., Zigarett., Tabake.

W. Lampe, Mühlenbrücke 9. Zigarrenhaus.

H. Vick, Untertrave 70 Zigarren u. Tabakwaren.

F. C. H. Schröder, Inh. Jos. Brielmayer, Königstr. 43, Tab., Zigarr., Zigarett.

Uhren und Optik.

Ludwig Zander, Marlesgrube 3. Goldschmied. Großes Lager von Gold- und Silberwaren. Eigene Werkstatt.

C. Blanck, Königstraße 78 Erstklassiges Spezialhaus feiner Uhren, Gold- und Telephon 1341. Silberwaren. Telephon 1341. Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur.

Otto König, Fleischhauerstraße 7. Gold- und Silberwaren. Anfertigung sämtlicher Reparaturen und Neuarbeiten in eigener Werkstatt. Spezialität: Verlobungsringe.

Johs. Bernhardt, Goldschmied, Hüxstraße 25. Gold- und Silberwaren, Trauringe. Eigene Werkstatt.

Willi Westfehling, Holstenstr. 32. Spezialität: Verlobungsringe. Reparaturen prompt.

Max Ehrichsen - Uhren, Goldwaren Reparaturen billig. — Fischergrube 56.

Albert Ziehe, Hutumpresse-Anstalt,

Wilh. Ewert, Schuhwaren, Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstraße. Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.

Adolf Hübner, Uhrmacher, Fünfhausen 13

Jakob Könner, Uhrmacher, Schüsselbuden 11.

Antiken: O. West, Breite Straße 38 und Hüxstraße 41.

Alb. Matern, Uhrmacher, Beckergrube 26.

Möbel.

Gustav Reinboth Papierhandlung Geschäftsbücher Kontormöbel. Hans Sack Nachf. Lübeck, Königstraße 36.

Mia Schwarz, Atelier elegant. Damenmod. Königstr. 46a II. 9-1, 3-6 U.

Die Sonne war schon hinter den Baumgipfeln verschwunden. Die Abendröte überleuchtete mit strahlendem Purpur die vorher noch so blitzweißen Lämmerwölkchen hoch im Himmelsbogen.

Frau Amsel, die in unserem, von wildem Wein dicht umrankten Gartenhäuschen ihre Kleinkinderstube aufgeschlagen hatte, sang ihr letztes Eia . . . popeia-Liedchen, um ihre zahlreichen Kindlein in den Schlaf zu wiegen.

Unser Rotkehlchenpaar, das unter dem Dachgebälk sich schon seit einigen Jahren bei uns eingenistet hatte und dieses Jahr zu unserem Leid kinderlos geblieben war, war schon schlafen gegangen.

Diese Stunde ist mir immer die liebste von allen vierundzwanzig des Tages. Da läßt es sich gut träumen . . . von allem Möglichen und Unmöglichen. In dieser Stunde baue ich mir meine Luftschlösser. Da schleppe ich mir goldene Berge herbei, mache Zukunftspläne. Der Halbtraum läßt mir alles in rosigstem Lichte erscheinen.

Und da das Beste immer zuletzt kommt, freue ich mich über mein Glück . . . über meinen Prachtbuben.

Male mir aus, wie ich ihn einmal zu einem guten, wahrhaftigen und wahrheitsliebenden Mann erziehen will, der ein goldenes Herz für seine Brüder ins Leben mitnehmen soll.

*

Da klingelt es vom Nebenzimmer . . . der Schwarzwaldmann mit den silbernen Küglein im Bäuchlein.

Und dazwischen ein anderer Laut, wie Himmelsglocken so zart, so fein . . . .

A . . . papap . . . apapapapapapa.

— — — — — — — — — — — — — —

Es war das erstemal, daß der Kleine den Vokal A in regelmäßigem Wechsel mit dem Konsonant P sang.

Er sang es, feierlich wie einen Choral.

Und eine Träne der Freude perlte aus meinem Auge langsam, langsam die Wange herab.

Hätte ich ein Käpselein aus purem Golde zur Hand gehabt, ich hätte sie aufgefangen, wie wenn sie der schönste Edelstein der Welt gewesen wäre.

*

Von der Wiege her klingt und klirrt der Schwarzwaldmann mit der purpurroten Weste und den silbernen Küglein im Bäuchlein . . . .

Und mein Wolfgangerl singt mit seinem zarten Engelstimmchen dazwischen:

„A . . papa . . . A . . . papapapapa . . . pa . . . pa."

*

Leise schleiche ich mich auf den Zehenspitzen hinüber ins andere Zimmer . . . beuge mich über die Wiege und drücke meinem „Stammhalter" zum Dank für die mir eben bereitete Herzensfreude einen langen, herzhaften Kuß auf seine karfschroten, festen Pausbäckleln.

„Kling . . . kling . . . klirr . . . klirr" macht der Schwarzwaldmann.

„A . . . apa . . . papapa . . ." mein Goldbübchen dazu.

Und die Amsel draußen im Gartenhäuschen aus wildem Wein flötet den letzten Takt ihres Wiegenliedes.

Unterstütze den Tätigkeitsdrang deiner Kinder.

Du hast deinem Kinde die Spielsachen zurecht gelegt und wendest dich deiner Arbeit zu. Aber dein Kind bleibt nicht bei seinem Spielzeug. Es bleibt dir auf deinen Fersen. Es will gerade immer das tun, was du tust. Es will mit dir ausklopfen, fegen, wischen, Kartoffeln schälen, einholen, kochen. Und du wirst böse darüber. „So ein unzufriedenes Kind. Da hat es die schöne Puppe, die schöne Puppenküche und den Baukasten; aber anstatt damit zu spielen, krabbelt es um mich herum und stört mich bei der Arbeit!" Das ist gewiß nicht angenehm; denn du hast viel zu tun; aber der Schaden ist doch nur gering im Vergleich zu dem Schaden, den deine Unfreundlichkeit beim Kinde anrichtet. Daß es über die Schelte weint und trotzdem nicht bei seiner Puppe bleibt, und daß du nun erst recht böse wirst, das ist noch nicht das schlimmste. Wohl aber, daß du einen herrlichen, schönen Trieb bei deinem Kinde, statt ihn durch Sonnenschein zu entwickeln, durch Kälte und Hagel ertötest. Das Kind spielt nicht, um zu spielen, wie du meinst, sondern das Kind arbeitet, indem es spielt. Es will durch sein Spiel ebenso nützliche Arbeit verrichten, wie du durch deine Hausarbeit. Das Kind lernt aber am meisten durch das Beispiel. Wenn es sieht, wie du tätig bist, so will es das gleiche tun, weil es instinktiv fühlt, daß das jetzt die nützlichste Arbeit ist. Darum sollst du dein Kind nicht durch Unfreundlichkeit und Gewalt davon abhalten, dir zu „helfen", sondern du sollst diesen Tätigkeitsdrang des Kindes unterstützen. Gib deinem dreijährigen Töchterchen einen Wischlappen und lasse es einen Stuhl reinigen. Und dann sieh das eifrige Gesicht deines Kindchens an, und wenn dir dann das Herz nicht aufgeht über den Eifer und über die Schaffensfreude, wie sie aus Miene und Haltung sprechen, dann bist du keine richtige Mutter. Wir Sozialdemokraten sehen in der Arbeit etwas Großes, Schönes. Sie ist die Erhalterin der Gesellschaft. Sie so schön und edel zu gestalten wie nur möglich, das ist unser Ziel. Du kannst deinen Teil mit dazu beitragen, wenn du deinem Kinde Achtung vor der Arbeit beibringst. Nicht Achtung in bürgerlichem Sinne, nicht, um sie zum Arbeitssklaven zu erziehen, sondern in sozialistischem Sinne, indem du an und bei der Arbeit den Geist und die sittlichen Tugenden in deinem Kinde entwickelst. So hat es Pestalozzis Gertrud gemacht; sie ließ ihre Kinder spinnen, aber „ihre Seelen taglöhnern nicht"; denn Gertrud sitzt bei ihnen und hilft ihnen und erzählt ihnen dabei. Sie ist der gute Kamerad der Kinder, und die Augen der Kinder strahlen.

Heinrich Schulz.

(Aus: „Die Mutter als Erzieherin.")

Die Ursachen des Ausbleibens der Monatsblutung.

Von Frauenarzt Dr. med. Walter Pryll-Charlottenburg.

Das Ausbleiben der Periode ist oftmals für unsere Frauen die Quelle erneuter Beunruhigung, die vielfach recht unbegründet und vermeidbar ist, — die auch vermieden werden sollte, denn auch seelische Einflüsse können den Frauenkörper schädigen.

Das Ausbleiben der Regel ist naturgemäß bei eingetretener Schwangerschaft und wird auch als Zeichen ihres Bestehens verwendet; freilich als ein recht recht unsicheres, denn das Ausbleiben der Periode kann noch eine Reihe anderer Ursachen haben und bei schon bestehender Schwangerschaft können immer noch einige Monate hindurch regelmäßige Blutungen sich zeigen, so daß manche Frau durch den ärztlichen Befund einer drei bis vier Monate alten Schwangerschaft überrascht wird.

Das häufige Ausbleiben der Periode während des Stillens ist bekannt und hat auch zu der zwar weitverbreiteten aber irrigen Volksmeinung geführt, daß das Stillen stets vor Empfängnis schütze. Daß die Periode in den Wechseljahren aufhört, ist bekannt; ebensowenig kann eine Frau ihr Unwohlsein bekommen, welcher die Gebärmutter und beide Eierstöcke entfernt oder deren Eierstöcke durch Vereiterung oder Geschwulstbildung untüchtig geworden. Der operierende Frauenarzt versucht, um der Frau ihr Unwohlsein und damit ihre spezifisch weiblichen Eigenschaften zu erhalten, deshalb stets, nur einen Eierstock fortzunehmen oder, wenn beide Organe erkrankt sind, mindestens von einem noch ein Stückchen stehen zu lassen, damit von diesem Rest aus die Monatsblutung eintritt und die Frau vor vorzeitigem Altern geschützt wird.

Vorübergehendes Ausbleiben des Unwohlseins beobachtet man bei Blutarmen und Bleichsüchtigen, bei stark Fettleibigen, bei Zuckerkranken. Bekanntlich bewirken auch Klima- und Stellenwechsel häufig ein vorübergehendes Ausbleiben der Regel; neu eintretende Hebammen- und Schwesterschülerinnen klagen häufig darüber. Bei berufstätigen Frauen bleibt die Regel nicht selten infolge beruflicher Ueberanstrengung aus. Nicht erwähnt zu werden braucht, daß bei ungenügender Ausbildung oder gar Verbildung von Gebärmutter und Eierstöcken keine Periodenblutung eintreten kann.

Das Ausbleiben der Monatsblutung kann also sehr mannigfaltige Ursachen haben. Nur der Arzt kann diese Ursachen feststellen. Entsprechend der Vielseitigkeit der Ursachen ist auch die Behandlung der ausbleibenden Periode sehr verschieden. Bald führt nur eine Allgemeinbehandlung des ganzen Körpers, bald eine örtliche Behandlung des Unterleibs, bald beide zusammen zum Ziel.

Ich liebe mir den heitern Mann,
Am meisten unter meinen Gästen;
Wer sich nicht selbst zum besten haben kann,
Der ist gewiß nicht von den besten.

Goethe.

Für unsere Frauen

Halbmonatsschrift des Lübecker Volksboten

Nummer 9. Mittwoch, am 6. Juli. Jahrgang 1921.

Du und das Leben.

Was du dem Leben gibst,
Gibt es zurück;
Wenn du die Hoffnung liebst,
Lohnt sie mit Glück.

Setz Können ein! Streue Saat!
Die Ernte winkt
Nur dem, des wackre Tat
Den Alltag zwingt!

Besinn dich nicht! Pack zu,
Wo es auch sei!
Tatkraft allein schafft Ruh,
Macht stark, macht frei!

Die Frauenarbeit in verschiedenen Kulturperioden.

Von A. Michel.

Nicht selten ist die Anschauung anzutreffen, als sei die Frauenarbeit eine neuzeitliche Erscheinung, als habe die Frauenarbeit in größerem Umfange erst mit dem Aufkommen der kapitalistischen Zeit begonnen. Es wird zwar von niemand geleugnet, daß die Frau in früheren Zeiten und unter längst untergegangenen Kulturperioden auch in der Hauswirtschaft gearbeitet habe, und daß der Frau dabei sogar oft die meiste Arbeit zugefallen sei. Aber dabei kommt doch auch oft zum Ausdruck, daß die Frau früher weniger mit Arbeit überlastet gewesen sei als jetzt, und daß sich die Frau in früheren Zeiten bei ihrer Arbeit nicht besonders anzustrengen brauchte, jedenfalls aber als Hervorbringerin von Arbeitsleistungen besser gestellt gewesen sei, als die große Mehrheit der arbeitenden Frauen in der Jetztzeit.

Derartige Ansichten müssen jedoch im allgemeinen als recht wenig stichhaltig angesehen werden. Zum Teil läßt sich sogar aus der Völkerkunde und aus der Geschichte direkt nachweisen, daß sie falsch sind, daß die Frau in vergangenen Kulturperioden noch schwerer arbeiten mußte, als das jetzt der Fall ist, daß sie früher in einem noch größeren Maße überanstrengt wurde. Soweit geschichtliche Zeiten in Betracht kommen, sind derartige Ansichten über die Arbeit der Frauen sicher oft darauf zurückzuführen, daß die Geschichte recht wenig über die Lebensverhältnisse der armen und niedergedrückten Volksklassen und ganz besonders der Frauen aus diesen Schichten berichtet. War doch bis vor wenigen Jahrzehnten — und zum Teil ist dies noch jetzt der Fall, so im Schulunterricht — die Geschichte weiter nichts als ein Sammelsurium von oberflächlichen und unwahren Fürstenlebensbildern, von Berichten über Schlachtengreuel, Eroberungszüge usw. Nur soweit die Lebensverhältnisse der oberen Klassen in Betracht kommen, sind schon mehr Aufzeichnungen vorhanden, läßt sich ein genaueres Bild über die Lebensverhältnisse früherer Zeiten gewinnen. Soweit aus den verschiedenen Geschichtsperioden, namentlich der alten Kulturvölker, Nachrichten über die unteren, niedergehaltenen Volksklassen vorliegen, sind dabei die Verhältnisse, unter denen die Frauen lebten, wieder am wenigsten berücksichtigt. So führt Ludwig Friedländer in seinen Darstellungen aus der Sittengeschichte Roms in dem Abschnitt über die Frauen gleich zu Beginn aus: „Wenn alle Darstellungen von Zuständen der hier geschilderten Zeit um so unvollständiger bleiben je mehr sie auf gelegentlichen, zerstreuten, nicht selten einseitigen Aeußerungen beruhen, so gilt dies am meisten von dem Leben der Frauen, von dem sich zusammenhängende Anschauungen am schwersten gewinnen lassen. Ueberdies beziehen sich die uns erhaltenen Nachrichten zum allergrößten Teil auf die Frauen der höheren Stände." Wenn wir zum Beispiel lesen, daß die römischen Frauen ihre Zeit mit ein wenig Sticken, mit Malen, Musik und Tanz verbrachten, daß sie im Sommer hinaus auf das Land oder in das Luxusbad Bajae zogen, wo es nach den Mitteilungen römischer Schriftsteller recht wenig altjungferlich-spröde zuging, dann dürfen wir dabei gewiß nicht an die große Zahl der Frauen denken, ebensowenig wie Schiller in seinem „Lied von der Glocke" die Lebensweise der großen Mehrheit der Frauen der mittelalterlichen Zeit kennzeichnet, wenn er sagt:

Und drinnen waltet
Die züchtige Hausfrau,
Die Mutter der Kinder,
Und herrschet weise
Im häuslichen Kreise.
Und lehret die Mädchen
Und wehret den Knaben
Und regt ohn' Ende
Die fleißigen Hände
Und mehrt den Gewinn
Mit ordnendem Sinn,
Und füllet mit Schätzen die duftenden Laden
Und dreht um die schnurrende Spindel den Faden,
Und sammelt im reinlich geglätteten Schrein
Die schimmernde Wolle, den schneeigten Lein.

Welche Zeit wir auch seit dem Mittelalter bis zur Zeit, in der Schiller gelebt und gewirkt hat, bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts betrachten mögen, es dürfte doch stets nur eine Minderheit von Frauen gewesen sein, auf die das Bild zutrifft, das uns Schiller in der „Glocke" gegeben hat. Schiller zeigt uns eben nur ein wohlhabendes Bürgerhaus. So wenig wie zur Zeit Schillers auf jeden erwachsenen Mann oder auch nur auf jeden Familienvater das Bild paßt:

Und der Vater mit frohem Blick
Von des Hauses weitschauendem Giebel,
Ueberzählet sein blühend Glück.
Siehet der Pfosten ragende Bäume
Und der Scheunen gefüllte Räume,
Und die Speicher, vom Segen gebogen,
Und des Kornes bewegte Wogen.
Rühmt sich mit stolzem Mund:
Fest, wie der Erde Grund,
Gegen des Unglücks Macht,
Steht mir des Hauses Pracht!

ebensowenig konnte sich damals jede Frau rühmen, in „duftenden" Laden Schätze zu haben, in dem „reinlich geglätteten Schrein" schimmernde Wolle oder schneeigten Lein in einem auch nur bemerkenswerten Umfange aufgestapelt zu haben. Das Leben der großen Mehrheit der Frauen spielte sich auch damals nicht so idyllisch ab, wie es uns Schiller schildert. Die meisten Frauen lebten auch damals nicht allein „im häuslichen Kreise", und sie hatten nicht nur zu „lehren" und zu „wehren", sondern die Frauen mußten auch damals schon oft „hinaus ins feindliche Leben". Die Frauen mußten auch schon vielfach „pflanzen und schaffen, erlisten, erraffen", kurz, sie mußten einer Erwerbsarbeit nachgehen, um sich und die Angehörigen durchs Leben zu bringen.

Gehen wir von dieser Einleitung auf die verschiedenen Kulturperioden über, so werden wir überall Kennzeichen und Beweise dafür finden, daß eine weit ausgedehnte Frauenarbeit auf jeder Kulturstufe der Menschheitsentwicklung anzutreffen ist. Schon bei den Naturvölkern, bei den „wilden" Völkern, die noch in Afrika, in Amerika, Australien anzutreffen sind und deren Lebensweise in den letzten Jahrzehnten genauer studiert wurde, zeigt sich, soweit bei diesen Völkern überhaupt von Arbeit gesprochen werden kann, eine überaus starke Belastung der Frau mit allen möglichen Beschäftigungen, ja, die Frau ist bei diesen Völkern oft das eigentliche Lasttier; sie wird mehr angestrengt als bei uns irgend ein Stück Vieh. Oftmals ruht die gesamte Arbeitslast auf der Frau, wogegen sich der Mann einem süßen Nichtstun hingibt.

Bei den Nomadenstämmen ist es die Aufgabe der Frauen, bei den Wanderungen die Kinder und alle anderen Lasten zu tragen, Frauen müssen vorausgehen und Rastplätze aussuchen. Ist ein geeigneter Rastplatz gefunden, so ruhen sich die Männer von den Anstrengungen der Wanderung aus, die Frauen aber müssen die Feuerstellen errichten, Feuer anmachen, sie müssen, oft aus weiten Entfernungen, Wasser heranholen und das Essen zubereiten. Damit ist aber ihre Tätigkeit noch lange nicht beendet. Auch das Weben Flechten, die Herstellung von Jagdgeräten und Fischnetzen und deren Instandhaltung, die Verfertigung von Kleidern und Kopfbedeckungen usw. ist ausschließlich oder fast ausschließlich Frauenarbeit. Ebenso ist die Bestellung des Bodens meistens den Frauen überlassen; wenn die Männer dabei mithelfen, so suchen sie sich dann die am wenigsten unangenehmen und beschwerlichen Arbeiten aus. Die Zubereitung von berauschenden Getränken, die Anfertigung von Farbepulvern zur Verschönerung des Körpers, die Herstellung von Schmuckgegenständen, die Anfertigung von Gefäßen zum Kochen und Aufbewahren der Speisen und Getränke; alle diese Arbeiten müssen von den Frauen verrichtet werden. Bei den Prärie- und Waldindianern in Nordamerika hatten die Frauen auch Wildfallen aufzustellen, das gefangene Wild heimzuschaffen und es zu zerlegen. Auch als Herolde und zur Vermittlung beim Tauschverkehr werden die Frauen bei den Naturvölkern verwendet.

Trotz dieser harten Belastung der Frauen mit allen möglichen und oft sehr schweren und anstrengenden Beschäftigungen müssen aber doch die Frauen vielfach hinter den Männern zurückstehen. Nicht selten gilt es bei den Naturvölkern als große Schande, wenn Männer solche Arbeiten verrichten, die sonst den Frauen zufallen, und ein Fremder, der mit den betreffenden Volksbräuchen nicht bekannt ist oder sie außer acht lassen will, würde durch Verrichtung solcher Arbeiten der Lächerlichkeit oder der allgemeinen Verachtung verfallen.

Die Zurücksetzung der Frauen vor den Männern kommt in mannigfacher Weise zum Ausdruck. So müssen zum Beispiel die Frauen der Waldindianer in Brasilien die berauschenden Getränke herstellen, sie dürfen aber selbst nichts davon genießen; dazu müssen sich die Frauen auch noch am Abend bei den Männern einfinden, um diese, wenn sie berauscht sind, in die heimatlichen Hütten zu geleiten. Bei einzelnen Volksstämmen, wie zum Beispiel bei den Feuerländern, dürfen die Frauen zu gewissen Zeiten, wenn das Fleisch selten ist, keine Fleischspeisen genießen; denn dadurch würde für die Männer das gewohnte Nahrungsmittel knapp werden. Die Frauen müssen sich dann eben mit anderen Nahrungsmitteln begnügen. In einem Liedchen, das von den Frauen der Kongonegger gesungen wird, heißt es:

Ich muß säen,
Ich muß ernten,
Ich muß kochen,
Doch essen wird der Mann!
Welch traurig Los!

Hieraus geht hervor, daß auch bei den Negern am Kongo die meiste Arbeit von den Frauen geleistet werden muß, und daß das Ergebnis dieser Arbeit meistenteils dem Manne zugute kommt. Wenn es dann in dem Klageliedchen weiter heißt

Unter meinen Fingern gleitet
Ananas- und Waldesfaden.
Misch' die Fäden, dreh's im Kreise.
Der Fisch, den du fängst,
Ist nicht für mich!

so ist das nur eine geringe Abschwächung der vorher angeführten Frauenklage. Die Frau muß auch noch Flechtwerk herstellen, dafür geht freilich der Mann fischen, aber „der Fisch, den du fängst, ist nicht für mich"; die eingefangenen Fische verzehrt der Mann allein. Dabei ist es bei den nomadisierenden Stämmen oft üblich, daß kranke und alte Frauen einfach ausgesetzt werden. Sie müssen dann irgendwo in der Wildnis zugrunde gehen, und es ist nur ein schwacher Trost für die Frauen, daß es oft den alten und kranken Männern nicht besser ergeht.

Wenn bei den Naturvölkern das Essen da und dort von den Männern hergerichtet wird, so darf dies nicht darauf zurückgeführt werden, daß die Männer den Frauen eine Arbeit abnehmen wollen, sondern diese Arbeit wird wohl nur deshalb von den Männern ausgeführt, weil sie dadurch eine größere Kontrolle über den Verbrauch der Nahrungsmittel haben, weil sie dadurch die Frauen am leichtesten davon abhalten können, sich Speisen anzueignen, worauf die Männer in erster Linie ein Anrecht haben. Auf diese Weise läßt sich auch die Einrichtung mancher Naturvölker am leichtesten durchführen, wonach sich die Frauen mit den Speisen begnügen müssen, die die Männer übrig gelassen haben.

Es dürfte wenig Naturvölker geben, bei denen die Arbeitslast zwischen Männern und Frauen gleichmäßig verteilt ist; so gut wie überall sehen wir, daß die Frauen viel stärker mit Arbeiten der verschiedensten Art belastet sind als die Männer. —

Die Leidenden.

Oft ist das Leben lauter Licht
und funkelt freudefarben
und lacht und fragt nach denen nicht,
die litten, die verdarben.

Und dennoch ist mein Herz bei denen,
die Leid verhehlen
und sich am Abend voller Sehnen
zu weinen in die Kammer stehlen.

Gebückt auf nasse Hände
weiß ich sie abends weinen,
sie sehn nur dunkle Wände
und keine Lichter scheinen.

Doch tragen sie verborgen,
verirrt, und wissen's nicht,
durch Angst und Nacht und Sorgen
der Liebe süßes Licht.

Hermann Hesse.

Die Krebskrankheiten der Frau.

Jahraus, jahrein sind im Proletariat große Verluste an Menschenleben infolge Krebskrankheiten zu beklagen. Ganz besonders leiden darunter die Frauen; es sterben dreimal mehr Frauen als Männer an Krebs. Nach einer englischen Statistik gingen schon vor einem Jahrzehnt jährlich etwa 90 000 Menschen durch Krebs zugrunde, von denen 50 000 weiblichen Geschlechts waren. Unter den krebsigen Erkrankungen der Frauen treten weitaus am meisten die der Brustdrüsen und der Gebärmutter, ganz vornehmlich der letzteren hervor; an Gebärmutterkrebs geht der dritte Teil aller Krebspatientinnen zugrunde. In den letzten Jahren gewann die Krankheit auch Ausdehnung unter den jüngeren Frauen beziehungsweise Müttern, ganz besonders kinderreichen Müttern.

Es drängt sich die Frage auf, ob wir hier einem unabänderlichen Schicksal der Frauenwelt begegnen, ob wir die Krankheit nicht verhüten oder sie wenigstens eindämmen können. Die wirklichen Ursachen des Krebses sind noch in völligem Dunkel für uns. Wir kennen Alter und Art der Neubildungen, ihres Aufbaues und ihrer Wege, wir kennen den Verfall des von der Krankheit befallenen Körpers, aber über die Ursache der Krankheit weiß niemand etwas Bestimmtes trotz mancher geistreichen Hypothesen. Daher gibt es auch keine nennenswerte Krankheitsverhütung. Und gegen die Krankheit selbst, wenn sie erst einmal geworden ist, ist kein Heilkraut gewachsen. Dennoch ist sie dauernd heilbar.

Alle Medikamente versagten, allenfalls hat vorübergehend Arsen bei gewissen Arten von Hautkrebs geholfen. Auch die große Hoffnung, die man auf Lichtbehandlung setzte, hat sich nur in sehr bescheidenem Maße gerechtfertigt. Aber dauernd heilbar ist das Leiden, wenn das zunächst vom Krebs befallene Organ entfernt werden kann, ohne daß lebenswichtige Funktionen beeinträchtigt werden. **Rasches Erkennen des Leiden und rascher chirurgischer Eingriff ist das einzige Mittel.** Denn der Krebs ist in seinem Anfang ein örtlich begrenztes Leiden. Das muß immer wieder erklärt werden, weil viele Menschen, sogar noch ältere Aerzte der Meinung sind, daß Krebs überhaupt unheilbar sei, und weil auch durch einige Vertreter der Naturheilmethode die Meinung genährt worden ist, daß Krebs die Folge einer allgemeinen Durchseuchung des Körpers sei, indem dabei auf Rückfälle nach der Operation hingewiesen wurde. Die Rückfälle sind die Folgen von Verschleppungen, welche verschulden, daß vor dem chirurgischen Eingriff die Krankheit auch Teile ergriffen hat, die man nicht wegschneiden darf, ohne lebenswichtige Funktionen zu stören.

Der Gebärmutterkrebs ist nicht nur die häufigste krebsige Erkrankung von Frauen, sondern auch die operativ günstigste wegen der günstigen Einlagerung der Gebärmutter im Körper, wozu noch kommt, daß nirgends im menschlichen Körper ein Krebsherd solange umgrenzt bleibt als in der Gebärmutter. Dennoch werden von je 100 solcher Patienten nur 5 dauernd geheilt, während die übrigen früher oder später an der Krankheit zugrunde gehen. Eine Umfrage bei Aerzten hat ergeben, daß die Hälfte aller an Gebärmutterkrebs erkrankten Frauen zugrunde geht, ohne überhaupt einem Chirurgen sich auch nur vorgestellt zu haben, und von der restlichen Hälfte kommen etwa zwei Drittel so spät zur Untersuchung durch den Chirurgen, daß eine radikale Heilung durch Operation ausgeschlossen ist, weil das Leiden infolge der Verschleppung schon zu weit vorgeschritten ist. Der Rest, das heißt etwa 15 von je 100 Patientinnen, ist für eine radikale Operation geeignet. Aber auch bei ihnen sind vielfach besondere Umstände vorhanden, die es bewirken, daß nur je 5 von ihnen völlige Heilung durch die Operation erzielen, während je 10 rückfällig werden. Von je 100 Fällen an Gebärmutterkrebs werden also 85 verschleppt oder gar nicht vor den Chirurgen gebracht. Um Rückfällen vorzubeugen, ist man dazu übergegangen, nicht nur die erkrankten Teile selbst, sondern auch die benachbarten, noch gesund erscheinenden in möglichst weitem Umfange wegzunehmen, so daß man in vielen Fällen solcher erweiterten Operation nahezu von einer Ausräumung des Beckens sprechen kann. Es bedarf bei dem Umfang solcher Operation natürlich einer sehr feinen Arbeit, aber auch sehr vorzüglicher Apparate. Unter anderm wird das Operationsfeld durch komplizierte Scheinwerfer erhellt, die Licht von 20 000 Kerzenstärke in die Beckenhöhle werfen. Die Narkose, die natürlich mit ihrer Dauer an Gefahr wächst, bedarf sehr vorsichtiger Anwendung. Um eine zu starke Abkühlung des Körpers, andererseits eine schwere Belästigung der Operateure durch Ueberheizung des Operationsraumes zu verhüten, wird ein elektrisch geheizter, übrigens auch sonst peinlich gutkonstruierter Operationstisch verwendet. So ist man dazu gelangt, daß man in 65 von je 100 vorgeführten Fällen von Heilung sprechen darf. Aber wirklich bedeutende Fortschritte wird man erst verzeichnen können, wenn die Verschleppung des Gebärmutterkrebses aufhört.

Schuld an der Verschleppung tragen mitunter auch die Aerzte, indem sie der Furcht und Hoffnung ihrer Patientinnen im Anfang bisweilen Rechnung tragen, häufig die Hebammen, an die sich die Frauen wenden, am häufigsten die Patientinnen selbst und deren Angehörige. Eine Reihe von Maßnahmen ist schon früher ins Werk gesetzt worden, um Aufklärung in die Frauenwelt zu tragen. Allerdings ist die Frühdiagnose des Krebses oft sehr schwer, auch verursacht der Gebärmutterkrebs im Anfang gar keine Schmerzen. Allerdings können blutige Ausflüsse auch harmlos sein; aber aus deren äußerem Charakter allein ist noch nicht auf ihre etwaige Harmlosigkeit zu schließen. Die Ursache des Leidens und ihr Charakter ist nur von einem Arzte festzustellen, der mit Unterleibsuntersuchungen vertraut ist, mitunter nur durch einen Spezialisten, ja, sogar mitunter nur mit Hilfe des Mikroskops. Blutiger, eitriger Ausfluß sollte daher die Frau veranlassen, den Arzt aufzusuchen, statt sich von der Hebamme oder einer Nachbarin beraten zu lassen oder sich gar in Sicherheit zu wiegen.

Pa . . . pa.

Aus einem Kinderbuch von Max Eck-Troll.

Es gibt kein lieberes Studium, als die Fortschritte zu beobachten, die mein Kindchen, dieses wundersame Geschöpfchen, mit jedem Tage macht.

Da hat ihm gleich nach seinem Erscheinen auf der Erdoberfläche eine liebe, gute Tante einen zottigen und struppigen Teddybär zum Spielen mitgebracht.

Im ersten Augenblicke wußte der kleine Goldkerl nichts Rechtes damit anzufangen. Dann aber nahm er ihn in die winzig kleine Rechte, schüttelte ihn so derb, als wenn der Teddy der leibhaftige Teufel wäre, und dem armen Bären Hören und Sehen verging.

Einige Tage darauf wanderte der Bär schon von der rechten Hand in die linke. Da erging es ihm auch nicht viel besser.

Eine andere liebe, gute Tante schenkte unserem Wolfgangerl einen Schwarzwälder Bauern aus Zelluloid.

Der hatte einen schönen, großen, kreisrunden, schwarzen Filzhut auf. Darunter lachte ein feistes, wohlgenährtes Gesicht, dem man keine Not ansah. Dann kam der weit herabwallende, feierlich schwarze Gehrock, zwischen dessen vorn weit geöffneten Flügeln eine knallrote Weste mit blitzenden, großen Knöpfen aus purem Silber hervorleuchteten. Nach unten folgte noch die prall anliegende Hose und die langen, hohen Schaftstiefel.

Es war, mit einem Wort gesagt: ein schmucker Kerl.

Aber etwas ganz besonderes hatte der Zelluloidmann aus dem Schwarzwald.

In seinem Bäuchlein klirrte und klingelte es, als wenn er all die silbernen Kugeln verschluckt hätte, mit denen Mars alle Menschen hat totschießen wollen.

Klein-Wolfgang fand an diesem Mann aus dem Schwarzwald besonderen Gefallen. Den schüttelte und rüttelte er so, als wenn Wolfgangerl ein deutscher Arbeiter wäre, dem ein günstiger Zufall einen Lebensmittelschieber zwischen die zehn Finger geschielt hat.

Wie helles, lustiges Schlittengeläute auf einsamen, schneebedeckten Waldwegen einem schon kilometerweit entgegenschallt, so läutet mein Bub den klingenden Schwarzwaldmann mit dem silbern klirrenden Bäuchlein zu mir, in die Nebenstube . . . zu meinem Schreibtisch herüber.

Ich weiß dann, daß mein Junge guter Laune ist.

Und freue mich mit ihm.

Der Schwarzwälder ersetzt ihm auch die elektrische Meldeklingel.

Morgens, wenn Mütterchen noch sanft schlummert, weckt sie der klingende Schwarzwaldmann:

„Klingeling . . . klingeling."

Sie weiß dann, Wolfgang will damit sagen:

„Mutti . . . ich habe Hunger und Durst, komm, komm schnell."

Und Mutter sucht des kleinen Mannes Wünsche schleunigst zu erfüllen.

Jetzt aber kommt die Hauptsache.

So um die Dämmerstunde herum war es.

Die einbrechende Dunkelheit hatte mich eine kleine Arbeit unterbrechen lassen. Ich saß in meinem Schreibsessel und schaute zum weitgeöffneten Fenster hinaus, in den Kiefernwald, der hinter meiner kleinen, bescheidenen Wohnung sich kilometerweit ausdehnt in dem kleinen Städtchen am Mittelrhein.